

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 28. Jänner 2013**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **24. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr

Unterbrechung der Sitzung: 15.36 Uhr – 15.53 Uhr

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 23. Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2012 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.AR. Inge Maderthaler  
Beate Wiesinger

### **Entschuldigt:**

GR. Dipl.-Ing. Renate Leitinger (GRÜNE)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 21.01.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters:

StR. Peter Lehner hat mich gebeten, den TOP 14 – Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 602/1.2 (Stadtteil Pernau), BZ-BauR-6019-2012 – von der Tagesordnung zu nehmen, weil er noch nicht entscheidungsreif sei. Dies wurde im zuständigen Ausschuss so festgelegt, daher lasse ich nun darüber abstimmen. 2/3 der Gemeinderatsmitglieder müssen anwesend sein und 2/3 der Anwesenden müssen der Absetzung zustimmen.

Der Antrag auf Absetzung des TOP 14 wird

einstimmig angenommen.

Weiters darf ich ihnen bekannt geben, dass ich folgende Umstellung der Tagesordnung vornehme, und zwar wird der TOP 4 – Verordnung des Gemeinderates betreffend die Einhebung der Tourismusabgabe (Tourismusabgabe-Verordnung der Stadt Wels 2012) – nicht als TOP 4 sondern als TOP 5 behandelt, weil irrtümlich der Bürgermeister als Referent vorgesehen wurde. Richtigerweise ist Vzbgm. Hermann Wimmer der Referent zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich bitte dies zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Heute haben wir auch entsprechende Neubesetzungen im Gemeinderat und im Stadtsenat vorzunehmen. Unsere langjährige Kollegin Anna Eisenrauch hat mitgeteilt, dass sie mit heutigem Tag aus dem Gemeinderat ausscheidet. Sie war in den letzten drei Jahren Vizebürgermeisterin in einem gesellschaftspolitisch sehr bedeutenden Referat. Anna Eisenrauch und ich haben vereinbart, dass sie sich gerne offiziell verabschieden möchte und ich darf dich um deine Worte ersuchen.

Anna Eisenrauch: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ein erhebendes Gefühl ein letztes Mal an diesem Pult zu stehen. Für mich geht heute eine lange und sehr bewegende Zeit im öffentlichen Amt, in politischer Funktion

und ein sehr erfülltes Politikerleben zu Ende. Ich nehme den Abschied nicht mit einem weinenden und einem lachenden Auge, sondern wirklich mit zwei lachenden Augen. Ich halte heute keine Rückschau, das würde viel zu lange dauern. Jedoch habe ich mir herausgesucht, wann ich das erste Mal im Gemeinderat angelobt wurde. Das war am 29. Jänner 1981 und heute ist der 28. Jänner 2013, damit beende ich eine 32-jährige Politikerlaufbahn.

In dieser Zeit konnte ich vieles in unserer Stadt bewegen und gerade in den vergangenen Monaten war mein Referat Generationen, Bildung und Kultur ein sehr „gewichtiges“ Referat.

Meine dreizehnjährige Tätigkeit in der Landesregierung hat mir sehr geholfen. Überraschend war für mich die Rückkehr als Vizebürgermeisterin in den Gemeinderat, aber ich habe diese Herausforderung sehr gerne angenommen.

Ich konnte zwar nie mit großartigen Reden beeindrucken, habe aber mit Fleiß, Zielstrebigkeit und Ausdauer sehr vieles für die Welserinnen und Welser erreichen können. Das erfüllt mich mit Stolz und Genugtuung.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat und im Gemeinderat. Ganz besonders darf ich mich bei Herrn Bürgermeister bedanken, mit dem ich über viele Jahre zusammen gearbeitet habe. Bei Herrn Vizebürgermeister Hermann Wimmer, der immer ein offenes Ohr für mich hatte. Bei Kollegin Stadträtin Silvia Huber bedanke ich mich ebenfalls sehr herzlich. Mit ihr arbeitete ich im Sozialbereich sehr viel zusammen. Es war eine gute Zusammenarbeit und ich denke, Silvia, du wirst als einzige Frau die nächste Zeit im Stadtsenat schon schaffen.

Ich bedanke mich bei den Beamtinnen und Beamten, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen und Dienststellen, für die ich als politische Referentin zuständig war. Darüber hinaus aber auch bei allen Damen und Herren im Hause Magistrat, die für meine Anliegen immer ein offenes Ohr hatten und mir bei den Aufgaben behilflich waren – ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren in der Beamten-schaft und deren Mitarbeitern.

Ich bedanke mich aber auch bei meinen Mitarbeiterinnen im Büro. Ganz besonders bedanke ich mich bei meiner Familie, die mir in diesen 32 Jahren Zeit gegeben hat, damit ich all die Aufgaben erfüllen konnte, die ich mir vorgenommen habe.

Es ist nicht selbstverständlich, dass eine Familie so hundertprozentig hinter einem steht und diese nicht immer leichte Zeit mitgemacht hat. Dankeschön an meinem Mann und an meine Tochter, die ja heute anwesend sind. Danke auch an meinem Sohn, der in der Schweiz ist und deshalb leider nicht kommen konnte.

Geschätzte Damen und Herren! Ich bleibe eine Welserin und werde weiterhin in Kultur- und Sozialvereinen tätig sein. Bis zu meinem 70. Lebensjahr werde ich schön langsam mein Wirken ausklingen lassen. Es wird mich also in der Stadt Wels noch geben und ich werde sicherlich weiterhin präsent sein.

Meinen Nachfolgern in den Funktionen als Vizebürgermeister aber auch als Referent für Generationen, Bildung und Kultur wünsche ich alles Gute, mögen sie eine erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Welserinnen und Welser machen. Danke vielmals.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Anni! Gestern sind wir bei einer großen Sportveranstaltung, bei einem Tischtennisereignis, noch in der Rotax-Halle einige Stunden beisammen gewesen und haben uns über die sportlichen Höchstleistungen sehr gefreut - heute dein offizieller Abschied aus der Politik. Was aber nicht heißt aus der gesellschaftlichen Politik in unserer Stadt. Ich habe versucht zu überschlagen, wie viel Veranstaltungen wir in diesen vielen, gemeinsam verbrachten Jahren besucht haben. Man kann diese nicht leicht zählen - so viele sind es gewesen.

Du warst eine Kollegin, die nicht nur ihr Interesse für das dir zugeordnete politische Referat gezeigt hat, sondern du warst eine Kollegin, die im Grunde nach überall anzutreffen war. Hut ab vor dieser persönlichen Leistung, vor diesem ganz persönlichen Einsatz. Wenn ich zu einer Veranstaltung ging habe ich gewusst, die Anna Eisenrauch treffe ich sicher, auch wenn ich sonst keinen Kollegen oder keine Kollegin aus dem Gemeinderat treffe. Wir haben uns persönlich, auch mit deinem geschätzten Gatten, sehr gut verstanden.

Anna Eisenrauch sagte mir gestern, nachdem ihr Mann jetzt Keyboard spielt, wird sie ihn in der Zukunft in singender Weise begleiten. Ich weiß nicht, ob es so sein wird, aber vorstellen könnte ich es mir bei deinem Ehrgeiz und bei deinem Einsatz.

Du nanntest das Jahr deines Einzugs in den Welser Gemeinderat und den Tag deines Abschieds. Es war eine lange Zeit. Du hattest viele Funktionen inne. Aber natürlich spürt man, wenn man viele Jahre gemeinsam an politischen Themen arbeitet, wo der Schwerpunkt der jeweiligen Persönlichkeit liegt. Bei dir ist dieser im Sozialbereich sehr stark geprägt gewesen. Das zeigen auch deine vielen Leistungen, die man hervorheben könnte. Es gibt ein Haus – das Frauenhaus – in unserer Stadt, das deine gesamte Haltung zum Thema Frau unterstreicht. Du warst Mitbegründerin, hast das Frauenhaus aufgebaut und wirst auch weiterhin mitarbeiten.

Dein zweiter Schwerpunkt ist das Medien Kultur Haus. Natürlich hat es darüber Debatten gegeben. Aber du warst, wie bei manchen Dingen, so auch hier, stur und hast mit Unterstützung anderer Persönlichkeiten nicht nachgegeben, dadurch ist das MKH in seiner jetzigen Form entstanden.

Du bist die erste Vizebürgermeisterin in unserer Stadt und du warst die erste Bezirksfrau in der ÖVP. Es war ein langer Weg für eine Frau an die Spitze einer Partei zu kommen.

Sprichwörtlich ist auch dein Bekenntnis zur Ehrenamtlichkeit, zur Freiwilligkeit in unserer Stadt. Ich weiß, dass du bei sehr vielen Vereinen engagiert bist und diese auch förderst. Man spricht von 80 bis 200 Vereinen, du weißt es sicher genauer.

Im Gemeinderat warst du immer eine Kollegin, mit der man reden konnte. Du hast es selbst zum Ausdruck gebracht, als du sagtest, dass du beim Finanzreferenten immer ein offenes Ohr gefunden hast. Er hat mich manchmal gefragt: „Jetzt kommt die Anni zu mir, weißt du was sie möchte? Was wird das wieder kosten?“ Das sind so Dinge, die über die Parteigrenzen hinaus sehr stark verbinden. Bei deiner Arbeit hast du im Interesse des Gesamten, des Ganzen gehandelt, im Interesse und im Sinne unserer Stadt.

Verfolgt habe ich auch deine Karriere im OÖ. Landtag. Dort warst du immer sehr rege, insbesondere dann, wenn es darum ging, den Stellenwert der Frau in unserer Gesell-

schaft zu heben und zu festigen. Ging es um das Thema Frauen, kam von dir immer eine spitze Bemerkung. Wenn bereits alle schwiegen, du hast immer einen Nachsatz gewusst. Dieses Engagement und deine Hartnäckigkeit zeichnen dich aus.

Du kannst auf eine schöne Zeit in unserer Stadt zurückblicken, ebenso im Oberösterreichischen Landtag. Ich darf dir als Bürgermeister herzlich danken für die vielen Jahre, die wir gemeinsam gearbeitet haben und ich wünsche dir für die Zukunft mit deinem lieben Mann alles Gute und hoffe, dass du ihn jetzt entlasten kannst. Alles Gute für deine weitere Zukunft und für eure gemeinsamen Jahre.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Anni! Nachdem Herr LHStv. Ackerl einmal sagte, dass die Anni auch gut zu uns gepasst hätte, in vielen Fragen hat es sehr viele Gemeinsamkeiten gegeben, haben wir uns entschieden dir einen Strauß roter Nelken zum Abschied zu überreichen.

Für mich als jungen Gemeinderat bzw. als ich gerade im Jahr 2003 in den Gemeinderat kam, war die Kollegin Eisenrauch ein Phänomen. Bin ich zu einer Veranstaltung gekommen, war Anni schon dort, bin ich zur nächsten Veranstaltung, sie war schon wieder dort. Ich bin mir oft wie der Hase und der Igel vorgekommen. Bei den Kulturveranstaltungen war dies hundertprozentig so der Fall.

Dass du dich im Wesentlichen allem gewidmet, mit allem auseinandergesetzt und alle Dinge in deinem Bereich unterstützt hast, machen deine menschlichen Qualitäten aus. Namens der Kultur der Stadt Wels darf ich danke sagen für diese wirklich intensive Zuwendung für die Kulturarbeit.

Auch als Fraktionen haben wir immer gut zusammengearbeitet. Es hat natürlich Dissenspunkte gegeben. Dies gehört dazu. Demokratie lebt vom Widerspruch und von dem, dass man nicht immer einer Meinung ist. Es war jedoch immer möglich gemeinsame Wege zu finden, um die Dinge für die Stadt Wels und für seine Bürger umzusetzen. Auch dafür möchte ich danke sagen.

Es war kein Zufall, dass du die erste Vizebürgermeisterin der ÖVP in dieser Stadt gewesen bist. Ich wünsche dir für deinen Unruhe- oder Ruhestand alles Gute.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch! Sie waren für mich, wenn ich ein bisschen zurückdenke, die erste politische Persönlichkeit, die ich mit 15 Jahren kennen gelernt habe. Da sieht man, wie lange sie schon in der Politik tätig waren. Damals sind sie mir sehr offen begegnet und deswegen weiß ich das auch noch wie heute, sie haben mich auch äußerst freundlich begrüßt.

Diese Begrüßung und diese Herzlichkeit ist mir bis zuletzt in Erinnerung geblieben. Damals konnte ich natürlich in keiner Weise wissen, dass ich irgendwann einmal die Gelegenheit habe mit ihnen zusammenzuarbeiten, in einem Gremium gemeinsam zu sitzen, um etwas für die Stadt Wels zu bewegen. Die Politik war damals für mich noch so fern als sie bereits in Sphären regiert haben, wo ich nicht glaubte jemals dort hinzukommen.

Dazu sehe ich, dass sie als ÖVP-Politikerin in dieser Stadt sehr viel weitergebracht haben. In einem Bereich, der durchaus kontroversiell diskutiert worden ist – das will ich nicht leugnen – wo Projekte von ihnen umgesetzt worden sind, die nicht immer unsere Zustimmung gefunden haben.

Nichtsdestotrotz haben sie es mit einer großen Beharrlichkeit und Standhaftigkeit geschafft, diese Projekte ans Ziel zu bringen. Da kann ihnen von vielen anderen Kollegen einiges abgeschaut werden. Deshalb war ich immer der Meinung und habe das in der Fraktion durchaus sehr oft vertreten, dass sie in diesen Jahren einen eigenen Politikstil kreiert haben, der sich eben durch eine hohe Beharrlichkeit auszeichnet. Durch eine Standhaftigkeit und durch eine gewisse Streitbarkeit, die man ihnen natürlich nicht absprechen kann.

Aber bei all dem haben sie die Menschlichkeit nie aus den Augen verloren und haben immer den Menschen hinter dem Projekt gesehen. Sie haben die Menschen gesehen, die davon profitieren. Sie haben auch gesehen was ein Projekt in einer Gesellschaft alles bewirken kann und haben immer versucht zusammenzuführen. Dass ihnen das ganz gut gelungen ist, kann man alleine daran sehen, dass sie es geschafft haben, die ÖVP in einer schwierigen Zeit 2009 zu übernehmen, geschlossen in einen Wahlkampf zu führen und ein sehr respektables Ergebnis für diese Partei zu erzielen. Das war sicher ihr Verdienst. Ein Verdienst, den man auch im Rahmen der ÖVP nicht hoch genug bewerten kann.

Dass sie jetzt, wo sie es geschafft haben, diese Aufgabe in neue Hände zu legen, ist natürlich verständlich. Jedoch kann ich ihnen aber nur sagen, Politik – zumindest geht es mir so – ist nicht etwas, was mit Beruf zu tun hat, sondern mit einer Berufung. Man kann daher auch nicht sagen ich gehe jetzt in Pension, sondern man ist immer Politiker. Weil man immer die Probleme sieht, immer mit den Leuten sich unterhalten will und irgendwie den Drang spürt, etwas zu bewegen, etwas zu ändern - daher kommt ja auch das Wort Politik. Wenn man das Wort übersetzt, so heißt das, die Teilnahme am Gemeinwohl.

Deswegen bin ich der Meinung, dass sie immer Politikerin bleiben werden, weil sie immer am Gemeinwohl teilnehmen und sie immer die Gelegenheit suchen werden, im Rahmen ihrer Umgebung, ihrer Vereine, in denen sie zahlreich tätig sind, für das Gemeinwohl, für die Menschen da zu sein, im Volk zu sein und für das Volk zu arbeiten. Auch wenn sie jetzt nicht mehr Amtsträgerin sind, so bleiben sie aus meiner Sicht immer Politikerin und dafür wünsche ich ihnen alles Gute.

StR. Lehner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Anni! Ein seltenes Bild, ein Kuss von Andreas Rabl und Anni Eisenrauch auf einem Bild, das hat es sicher in der Geschichte noch nicht gegeben. Aber genau dieses Bild zeigt ganz besonders, wofür Anni Eisenrauch steht. Es gelingt ihr durch ihren Einsatz, durch ihre Willensstärke und auch durch ihre Kampfbereitschaft Dinge zu bewegen, die scheinbar unmöglich sind.

Es wurde bereits gesagt, das Medien Kultur Haus zeigt, dass ihr in unserer Stadt etwas gelungen ist, das ihr über die Grenzen hinaus Anerkennung zukommen lässt. Ein Medien Kultur Haus, in dem wir heute schon eine Pressekonferenz abhalten durften, das

hervorragend funktioniert, wo es große Begeisterung seitens der Künstler aber auch seitens der Bevölkerung gibt.

Es ist dir gelungen aus der ÖVP Wels ein Kind zu formen, dem es gelingt mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten, das ist für mich als ÖVP-Fraktionsobmann natürlich besonders wichtig. Anni Eisenrauch hat es als freies Spiel der Kräfte formuliert. Das zeichnet Demokratie aus, dass man die unterschiedliche Mehrheit sucht und die Wünsche der Bevölkerung in den Vordergrund stellt. Das hast du eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es war die größte Motivation von Anni Eisenrauch für die Welserinnen und Welser das Bestmögliche zu erreichen, sei es im Sozialbereich, sei es im Kulturbereich oder über diese Bereiche hinaus. Anni Eisenrauch hat es verstanden die Wirtschaftskompetenz, die unbestritten bei der ÖVP zu Hause ist, auch mit einer großen Portion Sozialkompetenz anzureichern. Die symbolische Überreichung von roten Nelken zeigt, dass ihr das ganz gut gelungen ist. Dafür ein herzliches Dankeschön, danke für dein Wirken und alles Gute für die Zukunft.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates (Peter Lehner)  
DI-Verf-007-2013

Bgm. Dr. Peter Koits: Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Nach dem Verzicht von Frau Vzbgm. Anna Eisenrauch soll Herr Stadtrat Peter Lehner zum Vizebürgermeister und Herr GR. Walter Zaunmüller zum Stadtrat gewählt werden. Weiters soll Andreas Weidinger als Mitglied des Gemeinderates nachberufen werden.

StR. Peter Lehner hat mit Wirksamkeit 14.55 Uhr am heutigen Tag auf sein Mandat als Stadtrat verzichtet, damit er als Vizebürgermeister wählbar ist. Da Vizebürgermeister Mitglieder des Gemeinderates sein müssen, ist es erforderlich Peter Lehner auf das nach dem Verzicht von Vzbgm. Anna Eisenrauch frei gewordene Gemeinderatsmandat anzugeloben. Nach den Bestimmungen der OÖ. Kommunalwahlordnung wurde er bereits in den Gemeinderat nachberufen und hat die Berufung angenommen.

Nach § 10 des Statutes der Stadt Wels haben neu berufene Mitglieder vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche sie daher sich von ihren Plätzen zu erheben. Zur Angelobung darf ich die Frau Magistratsdirektorin um Verlesung der Gelöbnisformel ersuchen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

GR. Peter Lehner: Ich gelobe.



Wahl eines Vizebürgermeisters (Peter Lehner) und  
eines Stadtrates (Walter Zaunmüller)  
DI-Verf-226-2012

Bgm. Dr. Koits: Für die Nachwahlen in den Stadtsenat hat die ÖVP-Gemeinderatsfraktion Wahlvorschläge eingebracht lautend für den Vizebürgermeister auf Peter Lehner und für den Stadtrat auf Walter Zaunmüller.

Die neuen Mitglieder des Stadtsenates werden durch Fraktionswahl bestimmt. Das bedeutet, dass nur die ÖVP-Gemeinderatsfraktion stimmberechtigt ist. Wenn kein Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht wird, ist durch Erheben der Hand abzustimmen. Es gibt zwei Wahlgänge. Ich habe keinen Antrag auf geheime Abstimmung erhalten, daher wird offen durch ein Zeichen mit der Hand abgestimmt.

Zur Wahl des neuen Vizebürgermeisters lautend auf Peter Lehner darf ich die ÖVP-Fraktion ersuchen eine Zustimmung durch ein Zeichen mit der Hand abzugeben.

Einstimmig angenommen.

Gratuliere herzlich zur dieser neuen Funktion.

Zur Wahl des neuen Stadtrates darf ich wiederum die Mitglieder der ÖVP-Fraktion ersuchen, eine Zustimmung durch ein Zeichen mit der Hand zu geben, lautend auf Herrn GR. Zaunmüller.

Einstimmig angenommen.

Herzliche Gratulation! Danke vielmals, ich darf daher feststellen, gewählt wurden zum dritten Vizebürgermeister Peter Lehner und zum Stadtrat Walter Zaunmüller.

Vor Amtsantritt haben der neue Vizebürgermeister und der neue Stadtrat ein Gelöbnis zu leisten. Ich ersuche die Frau Magistratsdirektorin um Verlesung der Gelöbnisformel. Bitte erheben sie sich von ihren Plätzen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

Vzbgm. Lehner: Ich gelobe.

StR. Zaunmüller: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Koits: Herzlichen Dank. Ich darf die beiden Herren ersuchen ihre Plätze einzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf nun die Sitzung unterbrechen, um dem neu gewählten Stadtrat die Möglichkeit zu geben, auf sein Gemeinderatsmandat zu verzichten. Weiters wird während der Unterbrechung eine Sitzung des Stadtsenates durchgeführt, um die Geschäftsordnung neu bzw. die Aufteilung auf die entsprechenden Referate zu beschließen. Ich ersuche die Damen und Herren des Stadtsenates sich zu diesem Zweck in den ersten Stock zu begeben. Dort ist ein Raum für die Abhaltung der Stadtsenatssitzung reserviert. Für die anderen Mitglieder des Gemeinderates gibt es eine kurze Pause.

Unterbrechung der Gemeinderatsitzung von 15.03 Uhr bis 15.53 Uhr.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates (Andreas Weidinger)  
DI-Verf-007-2013

Bgm. Dr. Koits: Herr Stadtrat Walter Zaunmüller hat anlässlich seiner Wahl zum Mitglied des Stadtsenates auf sein Mandat im Gemeinderat verzichtet. Nach den Bestimmung der Oö. Kommunalwahlordnung wurde Andreas Weidinger als listennächstes Ersatzmitglied der ÖVP-Gemeinderatsfraktion in den Gemeinderat nachberufen, welcher die Nachberufung angenommen hat. Frau Vizebürgermeisterin a.D. Anna Eisenrauch hat auf diese Nachberufung verzichtet. Herr Andreas Weidinger ist daher als Mitglied des Gemeinderates anzugeloben. Ich darf sie ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben und Frau Magistratsdirektorin ersuchen, die Gelöbnisformel vorzulesen.

Frau Magistratsdirektorin MMag. Dr. Kamleithner liest vor:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

GR. Andreas Weidinger: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Koits: Danke vielmals, bitte Platz zu nehmen, willkommen Herr Gemeinderat Weidinger. Ich darf sie um entsprechende Zusammenarbeit bitten, wie es bereits in der Vergangenheit gewesen ist.

Ich darf mich jetzt auch nochmals bei den Angehörigen herzlich bedanken, die heute zu dieser festlichen Einleitung gekommen sind und sie bitten, ihren Partner in der jeweiligen Form entsprechend zu unterstützen.

Ich darf nun in der Tagesordnung fortfahren, den Kollegen Wimmer bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Fortsetzung des Reformprojektes in der Stadt Wels:

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Wimmer hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass natürlich der Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion entsprechend behandelt werden muss. Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um die Fortsetzung des Reformprojektes in der Stadt Wels. Der Dringlichkeitsantrag liegt jedem Gemeinderatsmitglied vor, sodass sich jedes Gemeinderatsmitglied entsprechend damit befassen konnte. Gibt es ein Wort zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Dem Antrag (Beilage 1) wird die Dringlichkeit mit

25 Ja-Stimmen (Vzbgm. Wimmer, GR. Forstinger, GR. Lipp, GR. Schönberger, FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

gegen 10 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen und wird am Schluss der Sitzung inhaltlich bearbeitet.

Vzbgm. Wimmer ersucht den Bürgermeister, nachdem keine Aktuelle Stunde eingereicht wurde, um seinen Vortrag zum TOP 1.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Nachwahl in die Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-227-2012

Bgm. Dr. Koits: Beim TOP 1 geht es um einen Wahlvorschlag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion für Mitglieder und Ersatzmitglieder der sonstigen Ausschüsse. In den Finanzausschuss soll Herr Vzbgm. Peter Lehner anstelle von Frau Vzbgm. a.D. Anna Eisenrauch als Ersatzmitglied gewählt werden. Im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss soll Herr GR. Andreas Weidinger als Mitglied und Herr Vzbgm. Peter Lehner anstelle von Herrn StR. Walter Zaunmüller als Ersatzmitglied gewählt werden usw. Ich denke, sie haben alle den Wahlvorschlag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion mit den namentlich angeführten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der sonstigen Ausschüsse bekommen, d.h. ich kann mir die Vorlesung der einzelnen Namen ersparen und bitte um Beschlussfassung.

Vzbgm. Wimmer: Ich sehe, es gibt keine Wortmeldung. Es handelt sich hier um eine Fraktionswahl, stimmberechtigt sind nur die Mitglieder der ÖVP-Fraktion.

Die durch Erheben der Hand durchgeführte Wahl bringt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 2) wird von den Mitgliedern der ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
einstimmig angenommen.

2.)

Wahl eines Vorsitzenden und eines stellvertretenden Vorsitzenden  
von Ausschüssen des Gemeinderates  
DI-Verf-228-2012

Bgm. Dr. Koits: Bei diesem Punkt geht es um den Wahlvorschlag für den Vorsitz des Generationen-, Bildungs- und Kulturausschusses und den stellvertretenden Vorsitzenden des Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschusses, Auch hier liegt ihnen der entsprechende Vorschlag der ÖVP-Fraktion vor. Ich bitte daher um Beschlussfassung.

Vzbgm. Wimmer: Ich sehe auch zu diesem Punkt keine Wortmeldung, es handelt sich wiederum um eine Fraktionswahl und somit ersuche ich nun die Fraktion der ÖVP um Zustimmung.

Die durch Erheben der Hand durchgeführte Wahl bringt folgendes Ergebnis:

Der Wahlvorschlag (Anlage 3) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird von deren Mitgliedern in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

3.)

Oö. Objektivierungsgesetz;  
Personalbeirat-Nachbesetzung  
DI-PersR-5076-2013

Der Antrag (Anlage 4) lautet:

Herr Vizebürgermeister Peter Lehner wird als Ersatzmitglied (Dienstgebervertreter) des Personalbeirates bestellt.

Vzbgm. Wimmer: Hier handelt es sich um eine Abstimmung durch den gesamten Gemeinderat. Ich sehe auch hier keine Wortmeldung. Wer dem Wahlvorschlag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig angenommen.

4.)

35. Sportweltspiele der Medizin 2014 in Wels;  
Abschluss eines Vertrages  
SF-HA-75-2012

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 22.01.2013, der Gemeinderat möge den als Anlage 6 beigefügten Vertrag über die Austragung der 35. Sportweltspiele der Medizin 2014 in Wels beschließen.

Bgm. Dr. Koits: Beim TOP 4 handelt es sich um ein Thema, mit dem wir uns in der jüngsten Vergangenheit intensiv beschäftigt haben. Es gibt seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten, Sportweltspiele der Medizin, genauer gesagt wurden sie bereits 34 mal abgehalten. Es kommen Mediziner aus 35 bis 45 Ländern aus der ganzen Welt, um sich in mehr als 20 sportlichen Aktivitäten zu messen und ihr Können zu zeigen. Die Stadt Wels bewarb sich bereits einmal, und zwar im Jahr 1997 oder 1998. Damals hatten wir gegen Klagenfurt das Nachsehen – lt. Begründung lag die Bettenkapazitäten zu weit auseinander. Das war sozusagen der einzige aufgezeigte Nachteil. Heute ist die Situation anders, auch wenn die Hotels ein wenig auseinanderliegen, ist das nicht mehr das Thema.

Es werden rund 20 sportliche Wettbewerbe durchgeführt und dafür ca. 1500 bis 1800 SportlerInnen aus bis zu 45 Länder erwartet. Dazu kommt noch entsprechendes Betreuungspersonal usw. Die zuständige Abteilung hat ausgerechnet, dass möglicherweise in dieser Woche im Juni 2014 rund 15.000 Nächtigungen in unserer Stadt zu verzeichnen wären. Das ist durchaus eine schöne Anzahl; das wären etwa knapp 8 bis 9 % der Gesamtnächtigungen eines Jahres in Wels.

Diese Thematik habe ich mit den Fraktionsvorsitzenden zweimal besprochen und hat sich der Präsidialausschuss zweimal damit befasst. Da diese Sportweltspiele auch etwas kosten, haben die Mitglieder des Präsidialausschusses nach Abwägung aller Fakten und Daten diesem Antrag zugestimmt.

Die finanzielle Situation stellt sich so dar, dass das Land Oberösterreich zusicherte 100.000 Euro an finanzieller Unterstützung zu leisten. Ebenso sicherte das Sport- und das Gesundheitsministerium eine finanzielle Beteiligung von insgesamt 135.000 Euro zu. Für die Stadt Wels sollte ein finanzieller Aufwand von 150.000 Euro verbleiben, wenn alles so funktioniert, wie wir uns das vorstellen. Es wäre auch möglich diesen Betrag durch weitere Sponsoringmaßnahmen niedriger anzusetzen.

Es ist ein gutes Projekt, eine herausfordernde Aufgabe für die Fachabteilung und für sonstige zu gewinnende Persönlichkeiten. Wir hätten uns für das Jahr 2013 beworben,

jedoch finden diese Spiele nun in Zagreb im Rahmen der Festivitäten als neues Beitrittsland zur EU statt. Zagreb wollte natürlich damit ein entsprechendes Zeichen setzen.

Nächstes Jahr feiern wir 50 Jahre Stadt Wels mit eigenem Statut. Diese Sportweltspiele wären durchaus ein interessantes Zeichen, neben anderen möglichen Veranstaltungen, dieses Jahr entsprechend festlich zu begehen. Denn es war schon von Bedeutung für unsere Stadt, als wir im Jahr 1964 zur Statutarstadt erhoben wurden. Ich bitte daher um entsprechende Beschlussfassung.

GR. Ganzert: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher! Die 35. Sportweltspiele der Medizin mit Austragungsort in Wels sind eine Beweisführung für die international anerkannte und renommierte Sportstadt Wels. Wie wir bereits hörten, war ja erst am vergangenen Wochenende mit den Austrian Open in Tischtennis Wels sehr gefragt, wir sind also Sporthauptstadt.

Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, werden bis zu 2500 Personen aus bis zu 45 Ländern erwartet. Es wird ein internationales Großereignis mit direkten finanziellen Auswirkungen von bis zu 2,4 Mio Euro. Man sollte aber auch den starken Impuls und natürlich den Geist der Olympischen Spiele sehen, da ja die Medigames, wie sie auch genannt werden, dem Modell der Olympischen Spiele folgen. In diesem Sinne wird die Sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich zustimmen. Herzlichen Dank!

Vzbgm. Lehner: Für die ÖVP-Fraktion ist es ein wesentlicher Aspekt im Bereich des Tourismus, dass wir hier mit den Sportweltspielen einen neuen Weg gehen. Wir haben gesehen, 2012 war ein Rekord in den Tourismuszahlen, wo wir alle erkennen, dass es sozusagen einen Plafond im Bereich des Business-tourismus gibt. Außer wir investieren intensiv in den Kongresstourismus. So liegt es an uns, den freizeitwirtschaftlichen Ansatz in unserer Stadt zu verbessern und weiter auszubauen. Mit diesen Sportweltspielen kann uns das sehr gut gelingen. Das ist für uns ein Ziel, bis dahin auch die Dinge besser zu verknüpfen, die Dinge im Kulturbereich, im Sportbereich, aber auch im innerstädtischen Bereich, das gesamte innerstädtische Angebot noch besser zu verbinden und hier eben Produkte zu gestalten, die für unsere Gäste von hervorragender Qualität und leicht abrufbar sein werden. Daher sehe ich diese Sportweltspiele als große Chance uns wirtschaftlich und touristisch weiter zu entwickeln und ich denke, wir werden diese Chance auch sehr gut nutzen.

StR. Zaunmüller: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich so große Zustimmung und Zusammenarbeit orte bei den Sportweltspielen der Medizin und nicht, wie es im Amtsbericht fälschlich zitiert wird, mit den Sportwettspielen der Medizin, da hätten wir wahrscheinlich nicht so große Freude damit. Aber ich habe gegoogelt und nachgeschaut: seit 30 Jahren finden diese Sportweltspiele der Medizin statt und auf der Homepage des Veranstalters wird damit geworben, dass diese Spiele, diese Sommerspiele, nur an attraktiven Orten abgehalten werden. Also, wenn uns ein internationaler Veranstalter sagt, Wels ist ein attraktiver Standort, dann sollten wir das aufnehmen und annehmen. Der Herr Bürgermeister sagte bereits, 2013 finden diese Spiele in Zagreb statt. Es gibt bereits eine tolle Homepage der kroatischen Hauptstadt Zagreb, auf der diese Sportweltspiele beworben werden. Und gerade 2014 bietet das auch für Wels eine unwahrscheinlich gute Gelegenheit,

sich international zu positionieren. Wir rechnen mit ca. 2500 Teilnehmern. Das sind nicht nur Ärzte und Mediziner, das sind auch Apotheker und medizinisches Fachpersonal gemeinsam mit ihren sportlichen und vielleicht auch unsportlichen Begleiterinnen und Begleitern.

Diese Herrschaften sind herzlich willkommen bei uns in Wels zu nächtigen, das Welser Kaufangebot zu testen und selbstverständlich sehr gut bei uns einzukaufen. Das bedeutet für uns, darum bekennt sich die Welser Volkspartei ganz klar dazu, Wels gewinnt durch diese Veranstaltung internationales Profil. Ganz vergessen dürfen wir auch nicht die hohe Umwegrentabilität, die bei dieser großen Anzahl von einem denke ich mir doch recht zahlungskräftigen Publikum erzielt wird. Die finanzielle Beteiligung, der Herr Bürgermeister hat es bereits erwähnt, ist durchaus im überschaubaren Rahmen, die meiner Meinung nach durch die hohe Wertschöpfung wieder zurückfließt. Danke.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Sportweltspiele werden 2014 zu den „Sportwelsspielen“. Es ist durchaus erfreulich, dass es diese Möglichkeit für uns alle in der Stadt gibt, jedoch muss man in dem Zusammenhang ein bisschen etwas berücksichtigen. Dieser Impuls für Wels ist sicher einzigartig. Wir haben kulturell und wirtschaftlich in Wels nicht viel derartige internationale Veranstaltungen. Im Bereich der Wirtschaft fallen mir überhaupt nur die Messen ein. Die großen Messen, die eine internationale Ausstrahlung genießen und daher auch hohes Ansehen haben, auch für Wels hohes Ansehen schaffen.

Im Kulturbereich sind es die Wagner-Festspiele, die internationales Publikum nach Wels locken und eine ähnlich hohe Umwegrentabilität zusammenbringen, genauso wie diese „Welsspiele“. Und jetzt 2014 sind es das erste Mal internationale Sportspiele, die nach Wels kommen. Gott sei Dank, weil wenn man in diesem Zusammenhang die Umwegrentabilität betrachtet, immerhin gibt jeder Besucher 960 Euro aus, dann muss man überlegen, soviel gibt ein durchschnittlicher Welser im Monat aus. In der kurzen Zeit ist das ein ordentlicher Impuls sowohl für die Gastronomie als auch für den Handel.

Der Zeitpunkt dieser Sportspiele im Sommer ist sehr günstig. Im Sommer bewegen sich viele Personen auf den öffentlichen Plätzen. Wenn sich 2500 Personen mehr in Wels aufhalten hat man den Eindruck, da tut sich was in Wels, da bewegt sich was, da ist wieder Leben. Und zwar ein Leben, das auch Kaufkraft bringt, das auch Erlebnis und eine Internationalität bringt. Deswegen haben wir uns entschlossen dieses Projekt in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Wenn man sich die Kosten für dieses Projekt anschaut – 140.000 Euro – so ist es zwar im Vergleich zu den Wagner-Festspielen durchaus teuer – die erhalten ja nur 80.000 Euro an Subvention – im Vergleich zu anderen Projekten aber durchaus wieder günstig. Wenn ich an das Medien Kultur Haus denke – dieses erhält 460.000 Euro an Subvention im Jahr – da muss ich schon sagen, da passt die Relation wieder nicht so. Insgesamt gesehen trotzdem aus meiner Sicht ein positives Projekt und deswegen sind wir für dieses Projekt.

Bgm. Dr. Koits: Ich stimme den Wortmeldungen mit Ausnahme der letzten Bemerkung vom Kollegen Dr. Rabl zu, weil ich das Medien Kultur Haus für eine Einzigartigkeit in unserem Land, in unserem Staat halte. Man muss sich einmal vorstellen, welche Berei-

che dort angesiedelt und gebündelt sind. Ich bin sehr froh, dass für die Sportweltspiele (Sportwelsspiele oder wie immer) die Zustimmung vorhanden ist, weil ich glaube, wenn wir uns gemeinsam anstrengen, wird das wirklich eine gute Veranstaltung werden.

Ich habe die zuständige Abteilung schon gebeten hier wirklich alle Kraft zu investieren und zu schauen, dass ein gutes, begleitendes Team aufgestellt wird. Denn dieses wird erforderlich sein, um alle Aufgaben zu bewältigen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Bürgermeister! Es ist durchaus notwendig, den Herrn Dr. Rabl fallweise zurechtzurücken, was du hier sehr vortrefflich gemacht hat. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vzbgm. Hermann Wimmer

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
die Einhebung einer Tourismusabgabe  
(Tourismusabgabe-Verordnung der Stadt Wels 2012)  
FD-StV-5-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 27.12.2012, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Tourismusabgabe-Verordnung der Stadt Wels 2012 beschließen.

Vzbgm. Wimmer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Unter dem TOP 5 geht es um die Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Einhebung einer Tourismusabgabe. Ausgelöst wurde diese Änderung mit Neufassung der Fiskus Abgabeverordnung durch den Umstand, dass das Land Oberösterreich die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen verändert hat und schließlich die Tourismuskommission nach entsprechender Beratung an die Stadt herangetreten ist, hier auch in Wels die notwendigen Änderungen, die dieses neue Tourismus-Landesgesetz einräumt, durchzuführen. Es geht im Wesentlichen darum, dass die Tourismusabgabe auf 1 Euro angehoben wird. Wir haben dieses Thema im Finanzausschuss ja ausführlich diskutiert. Deshalb ersuche ich sie um ihre Zustimmung zu dieser Verordnung.



Der Antrag zum Tagesordnungspunkt 5. wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

6.)

Firma Trodat GmbH;  
Subvention für das Richard-Wagner-Festival 2013  
KB-K-50-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 14.01.2013:

1. Der Firma Trodat GmbH wird für das Richard-Wagner-Festival 2013 eine Förderung in Höhe von € 72.000,-- gewährt.
2. Die Auszahlung der Subvention erfolgt nach Beschlussfassung in zwei Raten.
3. Zwischen der Stadt Wels und der Fördernehmerin ist eine Förderungsvereinbarung abzuschließen.
4. Ein Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Gesamt-Förderung 2013 ist in Form einer Gesamtabrechnung (Einnahmen-Ausgaben) und durch Vorlage von Originalbelegen zu erbringen.

StR. Zaunmüller: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Damen und Herren! Bei diesem TOP geht es um die Subvention für das Richard-Wagner-Festival 2013. Damit ist nicht gemeint eine Investition in die Zukunft, sondern für das laufende Jahr. Laut meinen Unterlagen wurde 2009 bzw. 2011 eine Subvention in Höhe von 80.000 Euro beschlossen. Aufgrund des allgemeinen Sparwillens, den wir selbstverständlich mittragen, wurde diese Summe auf 72.000 Euro reduziert.

Ich ersuche sie daher zu beschließen, dass der Gemeinderat der Firma Trodat GmbH für das Richard-Wagner-Festival 2013 eine Förderung in Höhe von 72.000 Euro gewährt. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten, eine Förderungsvereinbarung ist abzuschließen und durch entsprechende Nachweise zu belegen.

GR. Josseck-Herdt: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Sie wissen es jetzt schon ganz sicher, dass das Wagner-Festival der FPÖ und besonders mir am Herzen liegt. Aber nicht, weil wir vielleicht Wagner verehren. Da würde so-

fort der Herr Kollege Reindl-Schwaighofer aufmerksam werden und Böses vermuten. Nein, wir verehren ihn nicht. Es ist das Wagner-Festival deshalb für uns ein Anliegen, weil dieses Festival Wels als Kulturstadt über die Grenzen Österreichs bekannt gemacht hat, weil das Festival für die Welser Wirtschaft viel Geld bringt und somit auch Arbeitsplätze. Denn werkgetreue Inszenierungen bei Opern sind mittlerweile sehr selten geworden. Und genau diese werkgetreuen Inszenierungen, manche sagen auch traditionelle Inszenierungen, sind es, die das Opernpublikum nach Wels locken.

Über die Grenzen hinaus, aus halb Europa kommen die Besucher zu uns und lassen sehr viel Geld in Wels. Auch wenn man mit Klassik nichts am Hut hat und vielleicht die Arkadenkonzerte mehr genießt, sei's drum. Schon aus wirtschaftlichen Gründen muss man der Subvention für das Wagner-Festival zustimmen.

Es ist auch sehr wichtig, dass wir heute eine saubere, klare Vereinbarung mit den Veranstaltern treffen. Bei der Abrechnung für das Jahr 2011 wurde ohne vorherige Vereinbarung, statt der bislang gültigen 7.000 Euro Naturalsubvention auf einmal ca. 25.000 Euro Naturalsubvention angerechnet. Das kann so nicht sein. Das war unfair und höchst unprofessionell, meine ich.

Daher bin ich froh, dass endlich eine klare Vereinbarung getroffen werden soll. Die Subvention beträgt nun 72.000 Euro, ohnehin schon um 10 % gekürzt, abzüglich der Naturalsubvention von 7.000 Euro für die Saalmiete. So bleiben also 65.000 Euro. Eine weitere Naturalsubvention betrifft die zusätzlich erbrachten Leistungen der Kulturabteilung, z.B. Technikerstunden, Reinigungsstunden, Klaviermiete usw. Diese Leistungen werden auch noch abgezogen und dürfen natürlich nur mit jenen Sätzen verrechnet werden, die auch anderen Kulturverantwortlichen verrechnet werden.

Es muss jedoch dem Veranstalter des Wagner-Festivals möglich sein, diese Leistungen von dritter Seite zuzukaufen, wenn diese sich als preiswerter zeigen. Deshalb kann es sich meiner Meinung nach bei einer 13.300 Euro zusätzlichen Naturalsubvention, die im Amtsbericht angeführt wurde, nur um einen angenommenen, vorläufigen Wert handeln. Oder ist er als Deckelung zu verstehen? Ich werde sicher von ihnen die Antwort bekommen. Ich hoffe schon, dass die Vereinbarung wirklich glasklar und unmissverständlich ist. Außerdem wäre es sicher sinnvoll gewesen, die Vereinbarung dem Amtsbericht beizulegen, da hätte man nicht zu viel verlangt.

GR. Mag. Mayerhofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Das Wagner-Festival ist ein international bekanntes Festival, das bereits eine lange Tradition in Wels hat. Das sind Fakten, die nicht von der Hand zu weisen sind. Dennoch wird in der Argumentation für das Festival immer begründet, ja es ist vor allem ein elitäres und internationales Publikum, das zu diesem Festival kommt. Nicht, dass wir kein internationales Publikum wollen, doch für uns GRÜNE steht in diesem Fall fest, dass wir die Höhe der Fördersumme für das Festival kritisch sehen und daher uns bei diesem Antrag enthalten werden.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Das Richard-Wagner-Festival ist zweifelsohne ein großes Festival, das in der Stadt Wels stattfindet. Wir sind

stolz auf die Vielfältigkeit der Kulturarbeit in unserer Stadt. Auch andere Festivals animieren viele Menschen einen Beitrag einzusenden, z.B das Internationale Jugend Medien Festival YOUKI. Wir wissen, dass wir mit Music Unlimited ein Festival haben, zu dem Menschen aus ganz Europa anreisen.

Ich möchte nur nicht, dass man so tut, als hätte das Wagner-Festival eine „Alleinstellung“. Diese hat sie sicher im klassischen Bereich. Hiezu möchte ich eine ganz persönliche Bemerkung machen. Persönlich mag ich die Musik von Richard Wagner sehr gerne. Wen ich jedoch nicht mag, das ist der Mensch, der dahintersteht. Den Menschen, der als Rassist und Antisemit seinerzeit schon eine Ausnahmeerscheinung war und jeder, der sich ein bisschen informiert, wird mir das auch so bestätigen können.

Wir als Sozialdemokratische Fraktion stehen zu dieser Vielfältigkeit in unserer Stadt. Das ist für uns wichtig. Wir werden auch dieses Festival fördern und man darf nicht so tun, als wäre nicht ein großer Kraftakt notwendig. Das Wagner-Festival ist das Festival, das als „Alleine-Festival“ den höchsten Beitrag der Stadt Wels erhält. Diese Vereinbarung zu treffen ist sehr wichtig, damit wir nicht im nachhinein darüber diskutieren müssen, was ausgemacht wurde und was nicht.

Ganz nachvollziehen kann ich nicht, wenn wir als Stadt Sachleistungen bringen in Form von Infrastruktur, von Personal usw., dass diese nicht Geld wert sein sollen. Man braucht doch nicht jammern, dass die Subvention gekürzt wird - das wäre das eine. Das andere wichtige Detail ist, dass alle Subventionsnehmer mit diesen Subventionskürzungen konfrontiert sind. Wir stehen zum Richard-Wagner-Festival in der Stadt Wels. Es ist ein wichtiger Beitrag für die Vielfalt in unserer Stadt und wir werden diesem Antrag zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Mich freut es, dass prinzipiell offensichtlich – abgesehen von den GRÜNEN – ein breiter Konsens zu diesem Förderansuchen herrscht. Das ist zwar zum Teil verwunderlich, trotzdem um nichtsdestoweniger erfreulich. Es ist wichtig festzustellen, dass das Wagner-Festival genauso wie die „Sportwelsspiele“ eine Aufgabe erfüllen.

Eine Aufgabe, Wels in die Welt hinauszutragen, eine Aufgabe, das gute Image von Wels weiter zu transportieren, wo man sagen kann, diese Stadt bemüht sich in einem speziellen Bereich um einen besonderen Ruf. Wenn man in der Opernwelt und speziell nach Wagner fragt, was gibt es für große Festivals auf der ganzen Welt, und ich betone der Welt, dann ist eins Bayreuth und zwei Wels.

Das muss man auch einmal in dieser Deutlichkeit sagen. Ich sehe hier unseren Helmut Platzer, der über das ganze Gesicht lächelt und sich die Sitzung wahrscheinlich nur deshalb anhört um zu erfahren, ob der Subventionierung zugestimmt wird. Sein Hotel ist nämlich beim Wagner-Festival voll ausgebucht.

Das ist auch der Sinn dieses Festivals, die Umwegrentabilität, die darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Man muss überlegen, alleine beim Wagner-Festival voriges Jahr sind 470 Musiker, Künstler, Techniker drei Wochen lang in Wels gewesen und haben hier genächtigt. Das ist nur die Zahl der ausführenden Techniker und Musiker.

Wenn ich das umlege auf die gerade beschlossenen Sportweltspiele - auch mit Zustimmung der GRÜNEN – so kann ich diese Argumentation nicht ganz verstehen. Bei diesen Sportweltspielen sagen wir, 140.000 Euro für eine Woche sind kein Problem. Beim Wagner-Festival, wo die Musiker drei Wochen bleiben, sagen wir, 80.000 Euro sind zuviel. Da orte ich schon in gewisser Weise ideologische Schranken, die dahinterstehen könnten und nicht das Interesse für die Stadt, für die Umwegrentabilität und für die Kunst und die Aufgabe, die dieses Wagner-Festival trägt.

Lieber Johnny, was ich dir noch mitgeben möchte, sind zwei Dinge. Erstens: Wenn wir schon sagen, das Wagner-Festival muss wie alle anderen Vereine die Einbußen mit den Sachleistungen hinnehmen, dann muss ich dem entgegen, es wäre schön, wenn alle anderen Vereine das auch müssten. Das hat man ja im Rahmen deiner Lex Wagner-Festival sozusagen irgendwie festgelegt. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass man sich die letzten Jahre hier einfach um eine Subvention drücken wollte. Das ist der Grund meiner Kritik, weil hier aus ideologischen Gründen offensichtlich eine Barriere eingezogen werden soll. Wenn heute propagiert wird, wir alle stehen hinter dem Wagner-Festival, so muss ich dazu sagen, dass die SPÖ und die ÖVP noch vor drei Monaten einen Förderungsantrag für das Wagner-Festival im Ausschuss abgelehnt haben. Als wir im Gemeinderat darüber diskutieren wollten, fördern wir das Wagner-Festival auch 2014 und 2015, damit in diesem großartigen Festival eine Kontinuität gegeben ist, da hat die SPÖ und ÖVP gesagt: „Nein, das machen wir nicht!“ Das finde ich traurig. Vielleicht gibt es hier noch die Möglichkeit mit dem neuen Kulturreferenten dieses Thema einmal zu diskutieren, um hier einen Meinungsumschwung herbeizuführen. Das würde mir jedenfalls gut gefallen.

Tatsache ist, dass dieser Antrag von der SPÖ im zuständigen Ausschuss abgelehnt wurde. Es wäre mir also ein Anliegen, dass dieser breite Konsens, der in der Politik herrscht, nicht nur jetzt, nicht nur für das Jahr 2013 herrscht, sondern auch für die Jahre 2014 und 2015 gewährleistet ist, sodass ein traditionelles, für Wels erfolgreiches Festival fortgesetzt werden kann.

Vzbgm. Lehner: Ja, ich möchte mich bei einigen Bereichen Andreas Rabl anschließen und zwar, wenn es um die wirtschaftliche Bedeutung des Richard-Wagner-Festivals geht. Es ist durchaus unbestritten, sei es für den Tourismus, sei es auch für die Innenstadt, hier gilt das, was Andreas Rabl sagt und was wir bei den Sportweltspielen gesagt haben.

Wir haben deshalb der weiteren Verlängerung der Subvention nicht zugestimmt, weil es uns wichtig ist, dass wir nicht populistische Anträge stellen, sondern dass wir im Einklang mit dem Land Oberösterreich diese Festspiele langfristig absichern.

Wir bemühten uns mit dem Landeshauptmann ins Gespräch zu kommen, um hier diese Festspiele langfristig abzusichern und eine Subvention sicherzustellen. Bei diesem Richard-Wagner-Festival ist ein sehr großer Beitrag eines Privatunternehmens mit im Spiel. Die Firma Trodat ist hier nicht nur da um zu sagen, wir möchten eine Subvention, sondern hier gibt es sehr großes privates Engagement. Von der Firma Trodat wird sehr viel Geld in die Hand genommen, um die Richard-Wagner-Festspiele hier in Wels abhalten zu können. Frau Doppler ist sehr intensiv bemüht und auch Dkfm. Just hat zu seinen Lebzeiten intensiv für dieses Festival gekämpft. Daher freut es mich, dass wir für

heuer die Subvention in dieser akkordierten und gut durchdachten Art und Weise beschließen können.

StR. Zaunmüller: Danke, Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Ich freue mich über eine große Zustimmung, bedaure jedoch die Haltung der GRÜNE-Fraktion, die ich so nicht verstehe aber akzeptiere. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 8) zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
bei 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

7.)

Straßenbauprogramm 2013;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 14.01.2013, der Gemeinderat möge das in der Anlage 9 beigefügte Straßenbauprogramm 2013 grundsätzlich genehmigen.

StR. Kroiß: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen des Stadtsenates und Gemeinderates, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der TOP 7 betrifft den Grundsatzbeschluss über das Straßenbauprogramm 2013, welches im Verkehrsausschuss ausführlich diskutiert und mit einer Gegenstimme mehrheitlich beschlossen wurde.

Das Budget beträgt rund 2,7 Mio Euro, klingt nach sehr viel Geld, ist auch sehr viel Geld für den Straßenbau. Wir benötigen diese Summe, um wirklich alle Straßenbauvorhaben durchführen zu können. Wir werden auch in der Zukunft sehr viel Geld für die Welser Straßen brauchen.

Vorerst möchte ich mich bei allen Mitarbeitern bedanken, ohne die es kein Straßenbauprogramm 2013 gegeben hätte. Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um mich ausdrücklich bei allen Mitarbeitern des Winterdienstes für ihren Einsatz im heurigen Jahr zu bedanken. Der heurige Winter hat den Mitarbeitern schon sehr viel abverlangt und sie

tun wirklich alles, um die Welser Straßen von Eis und Schnee zu befreien. Aufgrund des Umfanges des Welser Straßennetzes können sie natürlich nicht überall gleichzeitig sein. Es liegt schon in der Natur der Sache, dass es vereinzelt zu Beschwerden kommt. Aber ich glaube, ich kann hier für alle Fraktionen sprechen, wir wissen, dass die Mitarbeiter des Winterdienstes wirklich ihr Bestes geben, um die Straßen von den Schneemassen zu befreien.

Nun aber zurück zum Straßenbauprogramm. Wie immer gliedert sich das Straßenbauprogramm in ein Neubauprogramm und in ein Erhaltungsprogramm. Die detaillierten Vorhaben sind in der Beilage angeführt. Ich darf daher nur einige wenige nennen, wie zum Beispiel die Verkehrsmaßnahmen im Bereich der Abfahrt A 8 Wels-Wimpassing, die Sanierung der Vogelweide-Unterführung, ein geplanter Radweg auf der Vogelweidenerstraße von der Römerstraße in Richtung stadteinwärts. Wir haben 45.000 Euro für ein Pflastersanierungsprogramm budgetiert, um wirklich in der Innenstadt mit den notwendigen Sanierungen beginnen zu können.

Ganz wichtig ist auch heuer und in den kommenden Jahren das Frostschadenssanierungsprogramm, weil der Winter der vergangenen Jahre, aber auch der heurige Winter unseren Straßen schon sehr zugesetzt hat. Ordentliche Straßen sind der erste und zu meist auch der letzte Eindruck einer Stadt, sozusagen die Visitenkarte einer Stadt und die sollte auf alle Fälle in Ordnung sein. Ich ersuche sie daher um Zustimmung.

GR. Humer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtsenat und dem Gemeinderat! Das vorliegende Straßenbauprogramm 2013 ist wieder ein sehr engagiertes Programm. Die Umsetzung dieser hier gefassten Beschlüsse erfolgt durch die vielen fleißigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt Wels, denen gehört Dank.

Lieber StR. Kroiß, du hast es bereits gesagt, auch der heurige Winterdienst hat unseren Mitarbeitern viel abverlangt. Natürlich gibt es auch ein paar Kritiker, denen es lieber wäre, dass in deren Straße immer am ehesten geräumt wird. Ich habe das Glück in einer sehr ruhigen Straße zu wohnen. Ich sage zu meinen Nachbarn dann immer, der Schneepflug wird nicht gleich um 5 Uhr in der Früh da sein, da müsst ihr auch Verständnis haben. Was die Leute hier im Winterdienst leisten, das verdient wirklich große Anerkennung. Während wir noch im Bett gemütlich schlafen, sind unsere Kolleginnen und Kollegen draußen vor Ort. Lieber Ernst Kirchmayr, da würde ich auch bitten von der Personalvertretung den Dank weiterzugeben.

Mich hat etwas im Ausschuss verwundert, lieber Kollege Mag. Teubl, dass ihr das gesamte Straßenbauprogramm abgelehnt habt. Nur wegen dieser Begleitmaßnahmen zur Autobahnabfahrt zur A 8. Diese Maßnahme ist sicher sinnvoll.

Ich will hier nicht dozieren oder lehrhaft wirken. Ohne Autobahnabfahrt würde sich der gesamte Verkehr über Wels-West drängen, über die Lutz-Kreuzung und einem kurzen Linksabbieger. Das hätte einen Verkehrsinfarkt zur Folge. Und eines ist auch Faktum: Betriebe bedürfen einer guten verkehrstechnischen Anbindung. Dort wo es eine Anbindung zum Höchststrangverkehrsnetz gibt, sprich Autobahn, siedeln sich Betriebe an. Wenn wir in Wimpassing die große Chance haben neue Betriebe anzusiedeln, dann müssen wir diesen Betrieben auch das bieten. Wir wollen keinen Umwegverkehr, nicht mehr CO<sup>2</sup>, sondern kurze Fahrwege. Denn wenn wir den Verkehr über Wels-West füh-

ren, gibt es den Mega-Stau, gibt es in der Albrechtstraße da und dort Probleme. Dafür können auch die GRÜNEN nicht stehen. Deshalb hat es mich verwundert, dass ihr keine Gehsteige und Straßensanierungen mehr wollt.

Du hast es auch gesagt, lieber Gerhard Kroiß, eine große Herausforderung ist die Straßeninstandsetzung und die -instandhaltung. Durch den Winter und die Temperaturschwankungen, letzten Freitag und Samstag hatten wir  $-10^{\circ}\text{C}$ , am Mittwoch waren es wieder  $+15^{\circ}\text{C}$ , gibt es große Frostschäden. D.h. es müssen immer wieder Straßen instand gesetzt werden. Das kostet natürlich auch entsprechendes Geld. 2,7 Millionen Euro sind eine sehr respektable Summe, mit der sehr viel bewegt werden kann.

Abschließend freut es mich, dass erstmals die Brückensanierung Vogelweide enthalten ist. Bereits im Vorjahr habe ich im Gemeinderat gesagt, dass nach rund 60 Jahren diese Unterführung saniert gehört. In diesem Sinne kann ich persönlich und namens der SPÖ-Fraktion sagen, wir stimmen diesem Programm natürlich zu. Abgesehen von den GRÜNEN, wird es wahrscheinlich ein relativ mehrheitlicher Beschluss werden, so hoffe ich. Dankeschön.

GR. Pernkopf: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und Stadtsenates! Es wurde bereits gesagt, die Reputation nach außen, da gehören auch die Straßen und Wege dazu, ist besonders wichtig. Zum Straßenbau, zum Straßenerhaltungs- und -sanierungskonzept möchte ich anmerken, dass es sicher überdacht, gut vorbereitet und geplant ist, da gibt es keinen Zweifel. Es fehlt aber da und dort die Prioritätenreihung. So sind aus unserer Sicht wichtige Straßen in der Realisierung und Überlegung nicht enthalten.

Zum Beispiel fehlen uns hier klar die Neinergutstraße und die konkrete Verkehrsführung zum geplanten Betriebsbaugebiet sowie die Thematik der Verkehrsleitung in Zusammenhang mit der Autobahnabfahrt Wimpassing. Die Anrainer bzw. die betroffene Bevölkerung macht sich zu recht Sorgen, wie dort die Verkehrsführung und damit die Belastung aussehen wird. Wir erwarten uns eine unverzügliche Einbindung der Betroffenen seitens des Verkehrsreferenten. Gerhard, du bist gefordert, ebenso die Baudirektion.

Weiters ist auch im Zusammenhang mit dem Projekt Sportanlage Wimpassing die Moosbachstraße zu prüfen. Ich glaube, es besteht eine bessere Möglichkeit einer Verkehrsführung nicht unmittelbar im betroffenen Siedlungsbereich, sondern dort wo wir neu planen, dort wo wir mit mehr Sensibilität vorgehen können. Mehr Sensibilität ist unsere Forderung zum Schutz der Bevölkerung im verkehrs- und lärmbelasteten Bereich in der Stadt.

Es ist gut und richtig, dass viel gebaut wird. Vernachlässigen wir aber nicht die, die verstärkt ihre Auswirkungen zu tragen haben. Man soll in Zukunft ein bisschen mehr denken und planen, damit die Auswirkungen auf die Bevölkerung erträglich bleiben. Dass dies etwas kostet ist klar, daher sind die Budgetmittel dementsprechend bereitzustellen. Abgesehen davon stimmen wir dem Straßenbauprogramm 2013 zu.

Eine kleine Anmerkung darf ich noch machen, nachdem der Herr Kollege Mag. Humer den Winterdienst so gelobt hat. In den letzten Wochen hörte ich leider etwas anderes.

Es wurden auch sehr viele Kritikpunkte zur Straßenräumung vorgebracht. Die gehbehinderten Personen sind in diesem Bereich sehr benachteiligt. Die Koordinierung müsste vielleicht da und dort anders sein. Es ist richtig, die MitarbeiterInnen arbeiten sicher gut und richtig, keine Frage. Vielleicht wären sie da und dort anders einzusetzen. Ein Schneepflug wäre auch dort gern gesehen, wo Welserinnen und Welser wohnen. Danke.

GR. Prof. Mag. Teubl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, meine Damen und Herren im Publikum! Ich möchte hier, lieber Kollege Humer, nicht wieder die Diskussion um die Autobahnabfahrt Wimpassing aufnehmen. Ich glaube, die Welserinnen und Welser haben sich über die Sinnhaftigkeit oder besser gesagt, über die mangelnde Sinnhaftigkeit einer neuen Autobahnabfahrt 500 Meter neben einer bestehenden bereits ihre Meinung gebildet. Ich glaube nur, dass für die Begleitstraße im Zuge dieser Autobahnabfahrt ein relativ großer Betrag ausgegeben wird. Wenn man sich ansieht, wie hoch der Sanierungsbedarf auf den Welser Straßen insgesamt wäre, dann ist es schade, dass wir so viele Projekte nicht realisieren können, weil dieses eine Prestigeprojekt „Autobahnabfahrt Wimpassing“ dem entgegensteht. Deshalb sind wir gegen dieses Straßenbauprogramm, um noch einmal diese Ablehnung entsprechend zu dokumentieren.

GR. Kroiß: Ich danke einmal für die grundsätzliche Zustimmung zum Straßenbauprogramm. Zu dir, geschätzter Kollege Herbert Pernkopf: Natürlich sind mir die Sorgen der Wimpassinger Bevölkerung bekannt, was das Projekt A 8/Wimpassing betrifft. Es gibt bereits diesbezügliche Gespräche und Planungen. Die Verkehrserhebungen und Verkehrszählungen laufen. Solange wir das Ergebnis nicht wissen, können wir auch die Bevölkerung nicht ausreichend informieren. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werden wir der Bevölkerung in Wimpassing Bescheid geben wie es weitergeht. Es gibt sie natürlich, diese Sensibilität zum Schutze der Bevölkerung. Eines ist unbestritten - es kann nur mit der Bevölkerung gehen.

In die Prioritätenreihung gehört auch die Neinergutstraße dazu, denn diese ist im Projekt Wimpassing enthalten. Wenn wir hier die weitere Vorgangsweise wissen, dann kann auch das Projekt Neinergutstraße in Angriff genommen werden.

Zu deinem Kritikpunkt, was den Winterdienst zum Zeitpunkt der Volksbefragung betrifft, darf ich fragen, ob du hier die Räumung der Gehsteige oder der Straßen meinst? Die Fahrbahnen waren vom Schnee befreit. Für die Reinigung des Gehsteiges ist an und für sich die dortige Schule verantwortlich. Man muss hier schon nachfragen, wer hier für was zuständig ist. Ich ersuche daher um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.



8.)

Unterführung – Dr.-Arming-Straße;  
Abschluss eines Übereinkommens mit den Österr. Bundesbahnen  
BauD-BauB-01090-2012

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 14.01.2013:

Das Übereinkommen mit den Österreichischen Bundesbahnen zur Regelung der Kostentragung für die Erhaltung und Erneuerung der „Unterführung – Dr.-Arming-Straße“ wird genehmigt.

StR. Kroiß: Der TOP 8 betrifft das Übereinkommen mit den ÖBB und der Stadt Wels betreffend die Dr.-Arming-Unterführung, in dem es darum geht, dass hier der langfristige Erhaltungsaufwand der Stadt Wels für die Unterführung geringer sein wird als beim bestehenden Übereinkommen. Ich ersuche um Zustimmung.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

9.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Kontrolle der Einhaltung des Oö. Hundehaltegesetzes durch die Ordnungswache  
DI-Verf-025-2013

StR. Kroiß: Bei diesem TOP geht es um einen Initiativantrag der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum Thema Kontrollrecht der Ordnungswache zur Einhaltung des Oö. Hundehaltegesetzes. Wie sie wissen, wurde im Jahr 2012 im Oö. Landtag eine Gesetzesnovelle zum Oö. Hundehaltegesetz beschlossen. Darin ist enthalten, dass die Gemeinden besondere Aufsichtsorgane mit der Kontrolle der Einhaltung des Oö. Hundehaltegesetzes bestellen können. Da die Ordnungswache der Stadt Wels aufgrund ihrer Außertätigkeit bereits in direktem Kontakt mit der Bevölkerung steht, kann und soll diese Kontrollmöglichkeit auch in ihre Arbeit eingebunden werden. Somit kann die Ordnungswache gezielt auf jene Hundebesitzer eingehen, die sich z.B. beharrlich mit Hunden auf den Spielplätzen aufhalten und so andere gefährden oder ihre Hunde nicht anleinen. Mit dieser neuen Kontrollmöglichkeit kann die Ordnungswache besser zu einem friedlichen Miteinander zwischen Hundebesitzer und Menschen ohne Hunde beitragen. Wenn die schwarzen Schafe unter den Hundebesitzern einsichtig sind und Spielplätze meiden bzw. die Hunde bedarfsgerecht anleinen, kann das Zusammenleben insgesamt verbessert werden. Für uns besonders wichtig ist die dementsprechende Schulung der Ordnungswache für ihre neue Aufgabe. Damit wir hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten - wir wollen die Hundehalter nicht kriminalisieren. Es geht uns um jene wenigen Hundehalter, die durch ihren rücksichtslosen Umgang andere Menschen gefährden. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem die Ordnungswache in meinen Zuständigkeitsbereich fällt, darf ich ein paar Worte dazu sagen. Unsere Ordnungswache macht die ihr zugeteilten Aufgaben selbstverständlich mit Augenmaß. Dafür darf ich mich bei unserer Ordnungswache recht herzlich bedanken. Sie hat mögliche Schwerpunkte, Problempunkte durchaus etwas neutralisieren können.

Eines möchte ich jedoch schon sagen: Wenn wir jetzt diesen Punkt beschließen, dann darf ich unsere Abgeordneten in unserer Region um Folgendes ersuchen: Wenn sie Gesetze beschließen, welche die Gemeinden belasten, dann mögen sie auch gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass Gemeinden das entsprechende finanzielle Entgelt erhalten. Das ist mein Wunsch an unsere Abgeordneten, egal welchen Parteien sie zugehörig sind. Es geht nicht, dass man woanders sagt man beschließt Gesetze und überträgt den Gemeinden Aufgaben, Aufgaben, Aufgaben und sagt aber nicht gleichzeitig, wer die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitstellen soll. Das ist mein Wunsch - ob er erfüllt werden kann, weiß ich nicht.

GR. Weidinger: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Für die ÖVP steht außer Frage, dass die Ordnungswache mehr Kompetenzen benötigt, um für die Welser Bevölkerung gesetzmäßig einschreiten zu können. Was uns natürlich für die nächsten Wochen, Monate und Jahre auch wichtig erscheint, ist die Frage, wohin wollen mit der Ordnungswache? Wir müssen uns überlegen, was wir mit der Ordnungswache machen. Für die nächsten Jahre ist das entscheidend. Die Mitarbeiter der Ordnungswache versehen ihren Dienst ausgezeichnet. Beruflich habe ich manchmal Kontakt mit ihnen. Wenn wir uns für eine Kompetenzerweiterung für der Ordnungswache entscheiden, brauchen wir natürlich noch mehr Personal. Lassen sie uns gemeinsam eine Lösung finden die Ordnungswache noch effektiver einsetzen zu können. Auf diesem Weg möchte ich mich auch bei allen Bediensteten der Ordnungswache bedanken. Die ÖVP stimmt dem Antrag der FPÖ zu.

StR. Kroiß: Danke für die Zustimmung seitens der ÖVP. Wenn die Gemeinden Aufgaben übernehmen, soll sie auch eine finanzielle Abgeltung erhalten. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hier gebe ich ihnen Recht. Wann wir eine entsprechende Abgeltung erhalten, wissen wir leider alle nicht. Aber ich glaube, wenn die Ordnungswache unterwegs ist, kann sie diese Aufgabe mit übernehmen. Lieber Kollege Andreas Weidinger, wir sollten hier wirklich einmal die politische Diskussion führen, welchen Weg wir mit der Ordnungswache gehen wollen. Grundsätzlich ersuche ich einmal um Zustimmung.

Der Initiativantrag (Anlage 11) wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Markus Wiesinger ist bei der Abstimmung über o.a. initiativantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

10.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Umsatzsteuerpflicht von Gemeinden bei der Leistungserbringung  
an Nachbargemeinden und Gemeindeverbände  
Resolution an die Bundesregierung und die Bundesministerin für Finanzen  
DI-Verf-026-2013

StR. Kroiß: TOP 10 betrifft die Resolution an die Bundesregierung (Anlage 12), in der es um die Umsatzsteuerpflicht der Gemeinden geht. In immer stärkerem Ausmaß stoßen die Gemeinden bei den ihnen zugedachten Aufgaben an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Aufgrund dessen werden vom Gesetzgeber in der letzten Zeit vermehrt Initiativen gesetzt, um die Kooperation der Gemeinden zu fördern. Nun herrscht aber in den Gemeinden – wie man auch in den Medien lesen konnte – zu recht große Aufregung. Die Zusammenarbeit unter den Gemeinden soll hinkünftig der Umsatzsteuer unterliegen.

Grund dafür ist ein Erlass des Finanzministeriums, welcher ausführt, dass Leistungserträge von Gemeinden der Nachbargemeinden als unternehmerische Tätigkeit zu werten sind und hier die Umsatzsteuer zu verrechnen ist. Damit würden sich diese Gemeindekooperationen massiv verteuern und teilweise in so einem Ausmaß, dass sich eine Gemeindekooperation überhaupt nicht mehr auszahlt, weil sie unwirtschaftlich ist. Damit konnte das Finanzministerium die Gebühren der Gemeinden sorgfältig heraushalten, um die Einsparungspotentiale in Form von Kooperationen zu nutzen. D.h. der Widerspruch zwischen der Förderung von Gemeindekooperation und Bestrafung in Form einer Umsatzsteuerpflicht muss so rasch als möglich aufgehoben werden. Daher auch diese Resolution, mit der wir sagen, wenn wir schon Gemeindekooperationen wollen, dann muss sich das auch auszahlen. Ich ersuche daher um Zustimmung.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Ich möchte nur festhalten, dass bereits vorige Woche im Landtag genau die gleiche Resolution beschlossen wurde. Wortgleich ist sie nicht ganz, aber inhaltlich ident.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates! Ich denke mir, dass der Antrag wichtig ist, weil es auf der einen Seite eine rege Diskussion gibt um die Gemeindezusammenarbeiten zu fördern. Jedoch kann ich auf der anderen Seite nicht sozusagen einen Teil dessen, was die Gemeinden aus einer positiven Zusammenarbeit erhalten können, als Steuer abschöpfen. Darum werden wir diese Resolution auch unterstützen. Danke.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

11.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einrichtung von Förderklassen für das Erlernen der deutschen Sprache in Volksschulen  
Resolution an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung  
DI-Verf-039-2013

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Der TOP 11 beschäftigt sich mit einer Frage, die aus meiner Sicht für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen im Bildungsbereich eminent wichtig ist. Es geht im Wesentlichen darum, dass wir in Wels speziell ein immer größeres Problem mit Kindern haben, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, um dem Unterricht zu folgen. Konkret sind das derzeit in Wels 55 % der Kinder. Das muss man sich vorstellen, mehr als jedes 2. Kind ist nicht in der Lage ausreichend Deutsch zu sprechen, um dem Unterricht zu folgen.

Wir glauben daher, dass die bisherigen Maßnahmen im Bereich des Kindergartens zu kurz gegriffen waren, um den Kindern bereits im Vorfeld ausreichende Sprachkenntnisse zu vermitteln. Untersuchungen haben ergeben, dass ein Kind, das über keine Deutschkenntnisse verfügt, im Durchschnitt 4 – 6 Jahre braucht, um auf dieses Niveau eines ganz normalen Kindes im Bereich der Sprache zu kommen. D.h. selbst bei dem jetzigen Pflichtschuljahr oder Pflichtkindergartenjahr ist es nicht möglich nach einem Jahr über ausreichende Deutschkenntnisse zu verfügen.

Auf dieses Defizit ist auch Staatssekretär Sebastian Kurz und in der Folge Frau Ministerin Claudia Schmied aufmerksam geworden, die jeweils unterschiedliche Konzepte verfolgen. Wir haben auf jeden Fall als Freiheitliche ganz klar gesagt, es sollte eigene Sprachförderklassen geben. Was passiert in diesen Sprachförderklassen? Jene Kinder, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, sollten im Rahmen dieser Sprachförderklassen Deutsch erlernen und dann im Laufe des Jahres, entweder schon nach ein zwei, drei Monaten, je nachdem wie schnell die Sprachförderung funktioniert, in den Regelunterricht überwechseln oder das ganze Jahr Deutsch lernen. Dieses Konzept gibt es in zahlreichen anderen Ländern. Ich nenne hier nur Deutschland – Baden Württemberg ist eines der Länder, wo dies praktiziert wird. Aber auch in Kanada, ein klassisches Einwanderungsland, gibt es konkrete Klassen für das Erlernen von Englisch bzw. Französisch. Hier hat jeder einzelne Schüler die Möglichkeit, parallel Deutsch zu lernen in einer eigenen Sprachförderklasse um dann laufend, je nach Sprachfortschritt, in den Regelunterricht zu wechseln. Dieses Konzept ist aus meiner Sicht das einzig richtige Konzept, hebt sich im Wesentlichen von dem anderen Konzept, das derzeit im Umlauf ist, ab. Nämlich die ganzen Schüler unabhängig vom Alter und unabhängig von Sprachkenntnissen in die Vorschule zu stecken.

Warum ist dieses Konzept aus unserer Sicht nicht zielführend? Es gibt in den Vorschulklassen keine Möglichkeit für Kinder auch während des Schuljahres in den normalen Regelunterricht zu wechseln. Dies bedeutet, wenn ein Kind nach drei Monaten in der Vorschule über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen würde, muss es trotzdem

das ganze Jahr in der Vorschule bleiben und hat nicht die Möglichkeit in die erste, zweite oder dritte Klasse zu gehen. Nehmen wir jetzt ein ganz einfaches Beispiel: Ein Kind, das in der Türkei schon die dritte Volksschule besucht hat, kommt nach Österreich, spricht nicht ausreichend Deutsch, hat sich aber Deutschkenntnisse rudimentär angeeignet in Vorbereitung des Wechsels. Das bedeutet, wenn nach drei Monaten dieses Kind Deutsch kann, dann muss es trotzdem mit den fünf- oder sechsjährigen Kindern in der Vorschule bleiben. Es kann nicht in die dritte Klasse wechseln, obwohl es die sprachlichen Fähigkeiten bereits hätte. Das ist aus meiner Sicht eine diskriminierende Maßnahme, weshalb das Konzept von Sebastian Kurz und auch von Claudia Schmied in diesem Bereich massive Kritik hervorgerufen hat. Die ganzen Experten, Pädagogen und Soziologen sind der Meinung, dass dieses Konzept zu kurz greift und maximal für jene Schüler geeignet ist, die gerade am Weg in die erste Klasse sind. Dieses Konzept ist aber nicht für jene 7.000 anderen Kinder geeignet, die jedes Jahr nach Österreich wechseln und nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Hier ist dieses Konzept absolut ungeeignet und deswegen sind wir der Meinung, dass nur mit eigenen Sprachförderklassen das Auslangen gefunden werden kann. Wir glauben daher, dass dieser Antrag, den wir hier stellen, nämlich dass das Land Oberösterreich ausreichend gesetzliche Grundlagen zur Verfügung stellen soll damit derartige Sprachförderklassen möglich werden, zielführend ist, um das große Integrationsproblem in Wels zu lösen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates! Die Geschichte ist wie immer, sie liegt im Detail. Auch ich bin grundsätzlich der Meinung, dass man in der Frage „Förderung der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule“ relativ pragmatisch vorgehen sollte. Man soll die Dinge so machen, dass sie auch Wirkung zeigen und uns in dieser Frage sozusagen weiterbringen. Dass man die Dinge durcheinander schmeißt und so tut, als hätte das eine nichts mit dem anderen zu tun, möchte ich nicht. Der eigentliche Grund, warum ich mich jetzt gemeldet habe, ist das Beispiel - sie können sich erinnern - des türkischen Jugendlichen, der in der dritten Klasse nach Österreich kommt, welches der Herr Stadtrat Dr. Rabl gerade anführte.

Die Tragik an der Geschichte und gleichzeitig auch der Hinweis ist die Unkenntnis darüber, welche Methoden und Systeme wir hier in Oberösterreich bereits haben. Wir haben für Quereinsteiger in Oberösterreich ein gut funktionierendes System. Auch wenn Herr Stadtrat Dr. Rabl das nicht glaubt, der Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer hat erst vor kurzem wieder bekannt gegeben, dass jede Schule für die Quereinsteiger die Möglichkeit bietet, sie als außerordentliche Schüler zu führen. Ab dem achten Schüler gibt es pro Jugendlichen oder Kinder elf zusätzliche Förderstunden in der Woche.

Wir haben diese Diskussion im Gemeinderat schon einmal geführt. Es geht in der Frage der Förderungen von Volksschülerinnen und Volksschülern um Inklusion und nicht um Exklusion. Wir müssen versuchen - hier setzt auch das oberösterreichische System an - die Kinder gemeinsam zu unterrichten und dort zu fördern, wo sie Probleme haben, das ist bestehendes System.

Mir kommt das ein wenig komisch vor, der Antrag wird begründet mit Argumenten, um die es im Antrag selber gar nicht geht. Im Antrag geht es darum Förderklassen zu errichten. Das ist auch der Grund. Ich möchte vielleicht zurückgreifen auf den Antrag, der heute auch auf der Tagesordnung steht, den Initiativantrag der SPÖ gemeinsam mit der ÖVP und mit den GRÜNEN, in dem es darum geht, dass ein pragmatisches System,

das jetzt schon jahrelang gut in Wien funktioniert hat, auch als Modellprojekt in Wels umgesetzt werden soll. Dieses Modell setzt dort an wo es darum geht, dass jedes Kind, das in die nächste Schulstufe wechselt, so ausreichend Deutsch spricht, dass es dem Unterricht folgen kann. Das ist die Systematik. Von der Begründung her geht es nicht um die Quereinsteiger sondern um die Kinder, die zum Zeitpunkt der Schuleinschreibung noch nicht so weit sind. Übrigens nicht nur im sprachlichen Bereich, sondern auch in anderen Entwicklungsbereichen. Diese dürfen eine Vorschule genießen. Wir kennen das ja alle, landläufig hat es früher geheißen die Kinder sind zurückgestellt worden. Wer hat nicht selbst in seinem Bekanntenkreis Menschen, bei denen man irgendwann dahinter kam, der geht in die gleiche Klasse ist aber ein Jahr älter. Das hat es immer gegeben. Das ist ein System, das sich bewährt hat und auf das der Antrag, über den wir heute noch diskutieren werden, abzielt. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

GR. LAbg. Dr. Csar: In Deutschland gibt es ganz viele Vorfälle und Diskussionen über Plagiate und dergleichen. Ich möchte diese Vorwürfe nicht wiederholen, jedoch darauf hinweisen, dass im Landtag genau der gleiche Antrag behandelt und dort abgelehnt worden ist, nur zur Information. Ich weiß nicht, ob es System hat, wenn die Anträge, die im Landtag beschlossen werden, im Gemeinderat vor- oder nachbehandelt werden. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

StR. Dr. Rabl: Danke, lieber Hermann, für das Schlusswort, dieses demokratische Recht nehme ich natürlich gerne in Anspruch.

Zuerst zum Peter Csar. Lieber Peter, wahrscheinlich hast du recht. Der Landtag hat von mir abgeschrieben, das kommt immer wieder vor, weil mein Antrag bekanntlich dementsprechend bald eingelangt ist. Das kann man daran erkennen, wann er im Büro des Bürgermeistermeisters einlangte, nämlich bereits am 14. Jänner, d.h. sehr fristgerecht. Insofern kann ich getrost sagen, man hat von mir abgeschrieben und sicher nicht umgekehrt. Mir war das nämlich bisher gar nicht bekannt. Es freut mich aber, dass es derartige Plagiate immer wieder gibt.

Zum Kollegen Reindl-Schwaighofer: Ich möchte einen Artikel der Presse vom 8. Jänner 2013 zitieren und hier die SOS-Mitmenschen, einer jener Menschenrechtsvereine, der besonders links und SPÖ-nahe ist und von Reindl-Schwaighofer für alles mögliche zur Argumentation herangezogen wird. Diesmal, lieber Johnny, umgekehrt. Da sagt SOS-Mitmenschen, viele Kinder hätten eine andere Erbsprache als Deutsch, seien in ihrer Sprachentwicklung aber sehr weit. Es sei demotivierend für diese Kinder, diese durch den Besuch der Vorschule ein Schuljahr verlieren zu lassen und deswegen spricht man sich gegen diese Vorschullösung aus. Also, es ist schon eigenartig, wenn dann die eigenen Vereine diese Lösung als rassistisch und diskriminierend, wie du das immer bezeichnest, canceln und darstellen.

Bei der Ablehnung der ÖVP bin ich ein bisschen überrascht und zwar deswegen, weil Staatssekretär Sebastian Kurz genau derartige Sprachförderklassen verlangt. Ich zitiere hier aus einer Meldung vom 2. Jänner 2013, wo er kurz sagt: „Für die Quereinsteiger, die frisch nach Österreich zugewandert sind und noch kein Deutsch beherrschen, will ich eigene Sprachklassen“. Also etwas, wo ich auch sage, das ist ein Antrag, der durchaus Hand und Fuß hat, und wo ich nicht verstehen kann, warum man jetzt auf Sei-

ten der ÖVP sagt, das ist plötzlich nicht mehr Parteilinie. Vielleicht liegt das daran, das man in der ÖVP öfter nicht weiß, was Parteilinie ist.

Noch einmal ganz kurz zum Kollegen Reindl-Schwaighofer. Ich kann nur sagen, das derzeitige Konzept in Oberösterreich ist zu kurz gegriffen. Es ist nicht ausreichend Kindern, die kein Deutsch sprechen, 11 Stunden Sprachförderunterricht zu gewähren. Diese 11 Stunden sind nicht ausreichend. Das sagt im Übrigen auch der Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer. Dieser zitiert – auch das kann man nachlesen in der Krone vom 9. Jänner 2013 – „Ich bin für Sprachklassen, insbesondere in den Ballungsräumen wie Linz, Wels, Steyr macht das Sinn“.

Hier kann ich deine Aussagen auch nicht ganz nachvollziehen. Enzenhofer hätte zwar eine tolle und gute Lösung - ja, es ist ein erster Schritt. 11 Stunden ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Aber Sprachklassen sind erforderlich, um die Kinder schwerpunktmäßig in der größten Schwäche, die sie haben zu unterrichten, nämlich in der Sprache. Und wenn sie die Sprache nicht beherrschen, dann werden sie keinen ordentlichen Job erhalten, sie werden keine ordentliche Ausbildung absolvieren, sie werden keine Chance haben, am Wohlstand dieser Gesellschaft zu partizipieren. Wenn wir ihnen diese Möglichkeit nicht geben, wird es immer ein Integrationsproblem geben. Es wird immer auch ein Sprachproblem in der nächsten Generation geben und wir werden nicht die Möglichkeit haben, diese Leute langfristig zu integrieren. Ich warne davor, das sieht man auch an den derzeitigen Ergebnissen, dass die dritte Generation der Einwanderer wesentlich mehr Integrationsprobleme hat als die erste. Die erste Generation wusste, wir sind hier, wir arbeiten hier, wir haben uns integriert. Die zweite Generation hat noch Fortschritte gemacht, aber die dritte geht zurück, weil man ihr die Chancen nimmt. Wenn wir ihr die Chancen nicht geben, die ich dringend einfordere, werden wir über kurz oder lang ein massives Integrationsproblem haben. Diese kosmetischen „wisch waschi Maßnahmen“, die man deswegen ergreift, weil man sich das Geld für mehr sparen will, sind zu wenig. Zur Erinnerung - das Integrationsbudget für sonstige Maßnahmen beträgt 40.000 Euro. Ein Hohn bei einem 190 Mio Euro Budget.

Da muss ich leider sagen, wir nehmen das Thema nach wie vor nicht ernst, wir nehmen es in Wels nicht ernst und wir nehmen es auch im Bund nicht ernst. Daher kann ich sehr viele Eltern verstehen, die ganz klar sagen, es ist ein Skandal, wenn in Wels 55 % der Schüler, in manchen Klassen sind es übrigens 85 % der Volksschüler, nicht Deutsch können und ich muss mein Kind dorthin schicken. Die Konsequenzen daraus, die Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr in diese Klassen. Sondern es gibt eigene Schulen, wo man weiß, da ist es ein bisschen besser. Dorthin schicken alle österreichischen Eltern ihre Kinder, wenn sie nicht sowieso nach Thalheim oder nach Buchkirchen umgeschult werden. Das sind Dinge, die kann ich nicht verstehen. Dass man hier aus ideologischen, und zwar aus rein ideologischen, Gründen, die Augen verschließt, nur weil man eine Lösung, die von den Freiheitlichen kommt, nicht akzeptieren kann und will, obwohl man weiß, sie ist sinnvoll und sie wird in anderen Ländern erfolgreich angewandt. Dazu kann ich nur eines sagen, wenn man dieses Problem nicht ernstlich angeht, und zwar seriös und konkret, dann werden wir hier Probleme bekommen, und zwar massive Probleme und das wird auch zu Lasten unserer Zukunft gehen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Dr. Rabl, für diese äußerst emotionalen Ausführungen. Ich habe allerdings keine Fraktion hier im Gemeinderat gehört, die irgend etwas gegen die Sprachausbildung hat. Es geht ja nur darum, welchen Weg man beschreitet.

Also, es soll nicht der Eindruck entstehen, es gäbe hier Fraktionen, die etwas dagegen haben, dass unsere Kinder gut Deutsch lernen. Das möchten alle.

Der Initiativantrag (Anlage 13) wird mit bei

11 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
gegen 22 Nein-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. Buttinger sind bei der Abstimmung über o.a. Initiativantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 156) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 120)  
BZ-BauR-5001-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 17.01.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (156. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (120. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 220/C.2.1 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6017-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 17.01.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 15 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 220/C.2.1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.



14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 602/1.2 (Stadtteil: Pernau)  
BZ-BauR-6019-2012

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wurde bereits zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung genommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

15.)

Initiativantrag der SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Förderung von Schulkindern mit sprachlichen Schwierigkeiten  
Resolution an das BMKK, die Oö. Landesregierung und den Landesschulrat  
DI-Verf-036-2013

GR. Reindl-Schwaighofer: Im Wesentlichen ist dies eine Fortsetzung der Diskussion über die Frage der Deutschkompetenzen der jungen Welserinnen und Welser. Wir sollen uns über einen Weg einigen, der diese Kinder in der schulischen, in der sprachlichen und in der bildungspolitischen Integration und in der Folge in der beruflichen Integration weiterbringt. Als SPÖ-Fraktion haben wir eine Initiative gestartet und es freut mich, dass die ÖVP-Fraktion und auch die GRÜNE-Fraktion gemeinsam mit uns diesen Antrag heute stellen. Dieser Antrag geht im Wesentlichen darauf zurück, dass die bildungspolitischen Fragen auf Bundes- oder Landesebene oft bis zu einer Vereinbarung eine lange Diskussion benötigen. Leider führt der Bildungsbereich sehr oft dazu, dass die verschiedenen Akteure aus ideologischen Gründen nicht bereit sind zum Wohle der zu fördernden Kinder zusammenzuarbeiten. Staatssekretär Sebastian Kurz und Frau Bundesministerin Claudia Schmied haben gemeinsam gesagt, dass es nötig sein wird, ein bereits bestehendes gutes System zu unterstützen, um Kinder bei ihrer Einschulung sprachlich zu fördern.

In der Stadt Wels besteht bereits ein gutes System namens „Sprachbrücke“. Dieses wurde vor kurzem vorgestellt, bei dem Frau Vizebürgermeister a.D. Eisenrauch sehr initiativ beteiligt war. Die Sprachbrücke beinhaltet in der Elementarpädagogik Möglichkeiten, damit die Kinder eine gute Chance haben die Sprache zu lernen. Zum Schlusswort von StR. Dr. Rabl möchte ich sagen: Im Budget sind 100.000 Euro für Integrationsmaßnahmen vorgesehen. Außerdem haben wir einige, vom Europäischen Integrationsfonds geförderte Projekte, in denen es darum geht, dass wir vom Innenministerium oder anderen Stellen finanzielle Mittel erhalten. Das von mir angesprochene Projekt

Sprachbrücke kostet uns 500.000 Euro. Damit sieht man, dass wir in diesem Bereich bereit sind auch wirklich Geld einzusetzen.

In diesem vorliegenden Antrag geht es im Wesentlichen darum, den Kindern schon bei der Einschulung über den Umweg Vorschule die Chance zu geben, auf den Schuleinstieg gut vorbereitet zu sein. Hier geht es um die Kinder, die mit fünf bis sechs Jahren vor der Einschulung stehen. Dort soll es ein sehr umfangreiches Screening geben und es soll die Frage der Sprachkompetenz aufgenommen werden. Sie werden sicher wissen, es wird sehr oft in der Öffentlichkeit diskutiert und es gibt sehr viele Studien dazu, es ist die Sprachproblematik nicht alleine eine migrantische Problematik. Das muss uns allen bewusst sein. Die Frage der Bildung, die Frage der Sprachkompetenz ist mittlerweile leider auch ein soziales Problem von bildungsfernen Schichten. Den Begriff „bildungsferne Schichten“ verwende ich zwar nicht so gerne, aber es bringt dies in dieser Debatte am besten auf den Punkt.

Dieses System wird bereits in der Stadt Wien schon seit einigen Jahren umgesetzt. Ungefähr 25 % der Kinder sind wegen Sprachproblemen in der Vorschule und die restlichen 75 % der Kinder sind aus irgendwelchen anderen Gründen dort. Ich weiß nicht, woher diese Prozentzahlen stammen. Wenn man die Frau Bezirksschulinspektorin fragt, woher diese Zahlen sind, wird sie darauf antworten, dass sie das auch nicht weiß. Ich möchte noch einmal Herrn Landesschulratspräsidenten Fritz Enzenhofer, den auch Stadtrat Dr. Rabl erwähnte, zitieren: „Wir brauchen eine redliche, wir brauchen eine exakte Diskussion“.

In dieser Frage geht es uns um die Neueinschulungen und um die Quereinsteiger, wie von StR. Dr. Rabl erwähnt. Auch für Quereinsteiger wäre es gut, wenn wir noch mehr Stunden hätten. Hier gebe ich StR. Dr. Rabl recht. Aber so zu tun, wie wenn es in dieser Frage nichts gäbe, das ist nicht redlich.

GR. Walter Zaunmüller: Es ist unschwer zu erkennen, dass wir von der Welser Volkspartei dieses Thema unterstützen, es ist ja ein gemeinsamer Initiativantrag. Meiner Meinung nach ist es völlig unstrittig, dass gute Sprachkenntnisse von einer zentralen Bedeutung für eine ordentliche Entwicklung unserer Kinder sind.

Ich möchte ein wenig auf das neue Projekt der Sprachbrücke reflektieren. Derzeit finden im letzten Kindergartenjahr Sprachstandserhebungen statt, mit denen festgestellt wird, wie gut die Kinder die deutsche Sprache sprechen. Dabei wird auch sinnerfassend kontrolliert und es finden Fördermaßnahmen für die Kinder statt. Diese Maßnahmen im letzten Kindergartenjahr erscheinen mir persönlich als zu kurz oder zu spät angesetzt. Daher ist meiner Meinung nach davon auszugehen, dass eine kontinuierliche Sprachförderung schon bei Eintritt in den Kindergarten eingesetzt werden sollte. Die Sprachförderung im Kindergarten darf dann nicht abrupt enden, sondern soll selbstverständlich in den städtischen Horten weitergeführt werden.

Dieses Projekt „Sprachbrücke“ wird von einer Sprachwissenschaftlerin begleitet, sozusagen fundiert auf neuesten wissenschaftlichen Kenntnissen und beinhaltet eine Arbeitsmappe zur praktischen Umsetzung für Pädagoginnen und Pädagogen. Wichtig dabei ist die entsprechende fachliche Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen. Die wichtigste Unterstützung, damit Kinder die deutsche Sprache gut erlernen, brauchen wir von den Eltern der Kinder. Das heißt, die Eltern sind bei diesem Thema sehr wohl in die

Pflicht zu nehmen, da der Einfluss der Eltern auf die Kinder sehr hoch anzurechnen ist. Wir brauchen eine Kooperation, eine breite Zusammenarbeit vom Kindergarten zur Schule bis hin zu den Eltern. Sprache ist nicht nur eine wichtige Brücke zwischen den Menschen, sondern Sprache baut auch eine wichtige Brücke für die Zukunft.

GR. Manfred Wiesinger: Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund Deutsch lernen ist mir sehr wichtig. Gerade in der Wirtschaft sieht man immer wieder, wenn man Lehrlinge oder Facharbeiter für eine Ausbildung sucht, man stößt auf das Problem, dass Jugendliche im geeigneten Alter von der Entwicklung her für eine Lehrstelle nicht geeignet sind. Ein großes Problem dabei sind auch Deutschkenntnisse.

Kollege Reindl-Schwaighofer hat bei der Debatte bereits angedeutet – Vorschule, so sagte man früher, bedeutet zurückgestellt – damit habe ich ein Problem.

Es hat aber auch andere Zeiten gegeben. Es gibt jetzt noch immer Eltern, die freiwillig ihre Kinder in die Vorschule geben, weil sie den abrupten Übergang vom Kindergarten in die Schule den Kindern nicht antun möchten. Sie sagen selbst, dass die Kinder in der Vorschule noch einmal eine bessere Vorbereitung für die Schule erhalten. Die Eltern loben diese Vorschule sehr. Wenn man die Vorschule dazu hernimmt, um vehement oder intensiv Deutsch zu lernen, dann sehe ich darin das Problem, dass die gute Qualität der Vorschule leidet. Somit bekommen wir das gleiche Problem wie in den Volksschulen. Dass es gewisse Volksschulen gibt, in denen Eltern ihre Kinder nicht geben wollen und dadurch der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund noch mehr steigt, ist bekannt. Ebenso das Problem, dass Eltern ihre Kinder in Gymnasien geben und die Kinder dort gar nicht gut aufgehoben sind, denn eigentlich wären sie in der Hauptschule besser untergebracht. Die Kinder werden nicht in die Hauptschule gegeben, weil zu viele Kinder nicht 100-prozentig gut Deutsch sprechen. Das Problem verlagern wir jetzt in die Vorschule und deshalb kann ich diesem Antrag nicht zustimmen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Das Problem mangelnder Sprachfähigkeit ist eines der größten Probleme im österreichischen Schulwesen. Ich behaupte jetzt einmal, dass dies nicht nur ein Problem von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache ist. Wir haben es generell mit einer ungeheuren Verarmung des Wortschatzes zu tun. Wir haben es mit einer verminderten Sprachfähigkeit zu tun und wir haben Probleme bis hinauf in die höheren Schulen damit, dass die Schüler und Schülerinnen die Lehrbücher, Arbeitsanweisungen nicht mehr verstehen, Arbeitsblätter nicht interpretieren können. Das heißt, dieser Befund, den wir kennen, dass 15-Jährige zu etwa 30 % nicht sinnerfassend lesen können, schlägt sich inzwischen in unserem Schulwesen durch bis ganz nach oben.

Die Frage ist, wie können wir darauf reagieren? Wir können darauf reagieren, indem wir das Niveau ständig senken, solange bis alle Kinder auf dem gleichen Niveau sind. Oder wir können darauf reagieren, dass wir ganz unten damit beginnen das Problem zu bekämpfen und noch vor Schuleintritt dafür sorgen, dass es jedem Volksschulkind möglich ist, dem Unterricht in ausreichender Weise Folge zu leisten. Dass damit natürlich die Sprachprobleme von Kindern mit Migrationshintergrund auch gemeint sind, das ist klar. Ich glaube, dass dieses Problem viel weiter reicht und ich möchte ihnen allen dazu einen Buchtipp geben. Der deutsche Hirnforscher Manfred Spitzer hat das Buch „Digitale Demenz“ geschrieben, indem er den Einfluss der elektronischen Medien und Spielzeuge gerade auf kleine und kleinste Kinder sehr eindringlich beschreibt und auch welche

Bedeutung das in Hinblick auf die Sprachverarmung und die Sprachproblematik im Vorschul- und Schulalter hat. Ich glaube, hier heißt es in sehr vielfältiger Weise anzusetzen. Aber natürlich ist der wichtigste Schritt einmal an der Schnittstelle zwischen Kindergarten und Volksschule anzusetzen, damit kein Kind auf der Strecke bleibt, weil es von Anfang an dem Unterricht in der Schule nicht folgen kann.

StR. Dr. Rabl: Ich möchte noch ein paar Erläuterungen bzw. Ergänzungen zum Kollegen Reindl-Schwaighofer bringen. Lieber Johnny, zuerst einmal, woher stammen die Zahlen? Es gibt keine Anfrage der Landtagsabgeordneten Mag. Lackner und Kollegen, die Landtagsabgeordneter Stockinger damals noch beantwortet hätte. Nachzulesen ist dies auf der PDF-Seite 18/32 der Anfragebeantwortungen, die auch auf unserer Homepage steht und somit jederzeit einsehbar ist. Es ist eine von der Landesregierung Oberösterreich herkommende Anfragebeantwortung. Die Zahlen, nehme ich an, sind authentisch und richtig. Ich gehe nicht davon aus, dass die Landesregierung lügt; alles andere wäre ein Vorwurf, der sicher nicht haltbar ist. Wenn die Frau Bezirksschulinspektorin hier andere Zahlen hat, so wundert mich das, denn die sollte doch soweit kurzgeschlossen sein, dass sie weiß, was die Landesregierung in dieser Frage antwortet. Dass die Zahlen schwer verständlich bzw. nicht akzeptabel sind, kann ich nachvollziehen, ändert aber trotzdem nichts an deren Richtigkeit.

Zum Zweiten, die Integrationsförderung beträgt € 100.000, das ist schon richtig. Aber hättest du mir zugehört oder mich richtig zitiert, dann hättest du mitbekommen, dass ich gesagt habe, für besondere Integrationsmaßnahmen 40.000 Euro und nicht für alle Integrationsmaßnahmen. Ich bin aber auch froh, dass diese Zahl jetzt am Tisch liegt, weil 100.000 Euro für Integrationsmaßnahmen, für das größte Problem, das wir hier in Wels haben, sind eigentlich per se schon ein Hohn und dass du diese Zahlen so stolz nennst, wundert mich daher umso mehr.

Aber jetzt zur Sache selbst. Es freut mich prinzipiell, dass die SPÖ-Fraktion das Problem der fehlenden Sprachkenntnisse in der Volksschule erkannt hat, denn bis vor zwei Jahren hat es geheißen, dass es das Problem überhaupt nicht gibt. Deshalb merke ich da schon eine Entwicklung in die richtige Richtung. Es geht jetzt eigentlich nur mehr um die Maßnahmen, die hier ergriffen werden können, um dieses Problem wirksam - und ich betone wirksam - zu bekämpfen. Hier muss man halt leider sagen, dass die Vorschule so wie bisher konzipiert ausschließlich dafür da ist, um motorische und kognitive Schwächen der schulfähigen, aber nicht schulreifen Kinder zu beheben. Das heißt, das ganze pädagogische Konzept ist darauf ausgerichtet, den Kindern Motorik zu lernen und kognitive Fähigkeiten beizubringen. Und jetzt überschwemme ich diese Schule mit 50 % der Welser Schulanfänger. Das sind 362 Schulanfänger, die nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Diese Zahl wirst du selber in den OÖ Nachrichten gelesen haben, auch das eine offizielle Zahl.

Das heißt erstens, dass wir in den Vorschulen gar nicht die Kapazitäten haben, um dies abzufedern und zweitens gibt es dann keine Vorschulen mehr, sondern das sind dann Sprachklassen. Die wenigen Vorschüler, die wir in Wels haben, werden dann absolut in der Minderheit sein. Vor allem gibt es dann auch keinen Unterricht mehr für Vorschüler, denn wenn in einer Klasse zwei Vorschüler sitzen und achtzehn Kinder mit Sprachdefiziten, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Vorschüler noch entsprechend ihren Bedürfnissen gefördert werden. Eines muss uns immer bewusst sein; Kinder, die Sprachdefizite haben, leiden nicht an motorischen Schwächen, sie leiden nicht unter

kognitiven Schwächen, sondern sie haben schlichtweg fehlende Sprachfähigkeiten und das ist doch etwas ganz Anderes. Ich kann doch Kinder mit kognitiven und motorischen Schwächen nicht in einen Topf werfen mit Kindern, die Sprachschwierigkeiten aufweisen.

Du sagst immer, man muss an das Thema differenziert herangehen. Kaum gehe ich an das Thema differenziert heran und sage, wir brauchen eine eigene Sprachförderklasse, um die Bedürfnisse dieser speziellen Kinder mit ihren speziellen Fähigkeiten zu fördern, dann heißt es, wir werfen alle in einen Topf. Dein Vorschlag ist nicht viel besser, denn du wirfst sie noch mehr in einen Topf. Im Gegenteil, bei dir gibt es nicht einmal die Möglichkeit, dass die Kinder nach Erlernen der Sprache die Möglichkeit haben, in ihren ganz normalen Regelunterricht zurückzukehren. Das ist etwas, was ich nicht verstehen kann! Du schaffst hier Ghettoklassen, die ausschließlich mit Kindern besetzt sind, die Sprachschwierigkeiten haben - eben das wollte ich vermeiden. Ich wollte lediglich, dass die Kinder sich Sprachfähigkeiten aneignen und sobald sie diese Sprachfähigkeiten haben, sollten sie wieder in ihren normalen Regelunterricht eingesetzt werden.

Ich finde es sehr schade hier keinen Konsens zu finden. Ich finde es schade, dass du bei diesem Antrag zwar die ÖVP-Fraktion und die GRÜNE-Fraktion gefragt hast, aber mit uns leider nicht die Diskussion suchtest, weil ich meine und glaube, dass wir gerade in dieser Frage die Möglichkeit gehabt hätten, einen All-Parteien-Antrag zu schaffen und einen All-Parteien-Antrag auch zur Abstimmung zu bringen.

Also man merkt hier wer wen ausgrenzt und dass die Meinung der FPÖ in dieser Frage nicht erwünscht ist, obwohl sich Herr Bürgermeister sehr oft darüber beschwert, warum wir in dieser Frage nicht gemeinsam vorgehen. Hier hätte es eine Chance für eine gemeinsame vernünftige Lösung gegeben, doch diese Chance ist vertan. Wir nehmen es zur Kenntnis, aber freuen tut es uns nicht.

GR. Reindl-Schwaighofer: Vielleicht noch ein paar Worte zum letzten Punkt von Herrn StR. Dr. Rabl. Ich habe den Medien entnommen, dass die FPÖ einen Antrag in der nun vorliegenden Form vorbereitet und im Wesentlichen wurden die beiden Anträge de facto parallel eingebracht. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass ich das nächste Mal zumindest anrufen sollte.

Aber jetzt noch zu ein paar Dingen in der Diskussion. Wichtig ist meiner Ansicht nach, dass nicht jedes Kind mit Migrationshintergrund Sprachprobleme hat. Das Zahlenspiel ist ein Zahlenspiel und nie mehr als eine Statistik. Es hat nie mit der Realität der einzelnen Kinder, die in der Schule, in der Vorschule sind, etwas zu tun. Wenn sie im Antrag den letzten Absatz anschauen, dort habe ich relativ deutlich hineinformuliert, um was es bei dieser Geschichte mit der Vorschule geht. Es geht darum, dass die Kinder mit sprachlichen Problemen mit einem Jahr mehr in der Vorschule die Chance erhalten, dem Regelunterricht ausreichend in den verschiedenen Gegenständen zu folgen. Das muss ein Ziel unserer Bemühungen in der Elementarpädagogik, im Übergang von der Volksschule in die Hauptschule sein.

Im Antrag geht es im Wesentlichen darum, dass die Diskussion geführt wird und dass die Bundesregierung Modellregionen sucht, wo dieses Modell umgesetzt werden soll. Der Beschluss dieser Resolution heute wäre der Versuch, Wels mehr Möglichkeiten in

diesem Bereich zu bringen, indem Wels in die Modellregion für dieses System aufgenommen wird.

Der Antrag (Anlage 16) zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen

Vzbgm. Dr. Wieser war bei der Abstimmung zu Punkt 15. der Tagesordnung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Privatisierung der Wasserversorgung  
Resolution an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament,  
den Nationalrat und den Landtag  
DI-Verf-037-2013

GR. Ganzert: Mit unserer Resolution geht es um das Grundbedürfnis auf Trinkwasserversorgung. Die Europäische Kommission versucht mittels der Dienstleistungs- und Konzessionsrichtlinie bisher öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge den privaten Markt zu öffnen und somit der Privatisierung der Wasserversorgung Tür und Tor zu öffnen. Mit dieser Resolution soll sich der Gemeinderat dagegen aussprechen und die oben dargestellten Vorhaben ablehnen. Die zuständigen Gremien der Europäischen Union sollen aufgefordert werden, die explizite Aufnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge und das Trinkwasser in die Versorgung einzuschließen.

Wasser ist ein Allgemeingut und Wasser dient auch als Grundlage für Umwelt und Menschen. Leider gibt es viele Beispiele, wie Paris, Hamburg und andere große Städte in der Europäischen Union, die gezeigt haben – sofern Wasser und viele andere öffentliche Dienstleistungen und Dinge der Daseinsvorsorge privatisiert werden - dass diese nun wieder verstaatlicht, wieder zurückgekauft werden müssen. Es hat sich gezeigt, dass es sich bei dieser Resolution dem Grunde nach auch um eine Empfehlung des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes handelt. Weiters wurde dies bereits am vergangenen Donnerstag im Oö. Landtag von allen vier Fraktionen einstimmig beschlossen. Es gibt aber auch die Haltungen anderer Statutarstädte, wie die Landeshauptstädte, und eine klare Meinung des zuständigen Ausschusses im Österreichischen Bundesrat.

GR. Haböck: Es war natürlich nur eine Frage der Zeit bis die Privatisierung auch den Welser Gemeinderat erreicht. Dass diese Resolution kommen wird konnte man ahnen, denn es wird schon seit einigen Monaten von der SPÖ-Fraktion und auch von der FPÖ-Fraktion eine Kampagne gefahren. Was mich dabei eher irritierte ist die Tatsache – wenn wir vorher gerade von sinnerfassendem Lesen und sinnerfassendem Verständnis gesprochen haben – dass ein gebildeter junger Mandatar, der auch angehender Jurist ist, anscheinend Richtlinien und Vorschläge seitens der EU-Kommission nicht sinnerfassend lesen kann. Denn – das hast du mir vor kurzem bestätigt – es ist auch bekannt, dass es hier nicht um eine Privatisierung des Wassers geht. Ich möchte das schon klarstellen. Denn man kann hier politisch, ideologisch, inhaltlich völlig unterschiedlicher Meinung sein und wir können auch diese Resolution beschließen, aber man sollte bei der Wahrheit bleiben.

Ich denke, diese Resolution wurde eingebracht bevor der Abgeordnete Josef Weidenholzer erklärte, dass es nicht um die Privatisierung an sich geht, sondern um die Bürokratisierung. Auch diese lehne ich ab, wie auch die ÖVP-Fraktion im EU-Parlament dies abgelehnt. Aber hier geht es um die Privatisierung.

Und wenn du schreibst, dass bisher öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge den privaten Markt öffnet und so Privatisierungen der Wasserversorgung im großen Stil vorbereitet werden, muss man schon eines sagen, dass es europaweit sehr viele Länder, Gemeinden, Kommunen, Staaten gibt, die Teile oder ganze Wasserversorgungen privatisiert haben. Das heißt, es gibt es schon und die Entscheidung, warum dies Gemeinden, Kommunen, Bund und Länder gemacht haben, war nicht, weil es die EU so will, sondern weil es die Politiker in diesen Kommunen, in diesen Ländern selbst wollten. Diese Entscheidung ist auch zu rechtfertigen.

Zweitens solltest du wissen, dass Maßnahmen für die mengenmäßige Bewirtschaftung von Wasserressourcen in der EU sowieso nur einstimmig im Europäischen Rat gefällt werden können. Das heißt, wenn die österreichische Bundesregierung gegen diese Richtlinien ist oder gegen Maßnahmen im Bereich der Wasserbewirtschaftung, dann kann sie das auch verhindern. Dazu gibt es die Möglichkeiten. Das bedeutet, diese Richtlinie greift in diese Möglichkeiten gar nicht ein. Warum dann diese Aufregung?

Es wird jetzt so getan, als wäre das eine Neuerung. Es gibt aber schon mehrere Richtlinien der EU, die sich mit dem Überbegriff Wasser beschäftigen, wie z.B. die Trinkwasserrichtlinie oder die kommunale Abwasserrichtlinie, die höhere Standards europaweit festsetzt, als in vielen europäischen Ländern schon gegeben sind. Österreich und Deutschland sind bei diesen Richtlinien federführend gewesen, damit eben die hohen Standards gewahrt bleiben. Wo war dort die Aufregung?

Jetzt sind wir froh, dass europaweit die hohen Standards, die für uns gelten, eingeführt werden. Also das Thema Wasser ist nichts Neues und bisher ist nichts Negatives heraus gekommen. Wenn du sagst, Hamburg, London oder andere Städte müssten jetzt wieder verstaatlichen, dann stellt sich schon die Frage, warum die deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament bzw. im Binnenmarkt-Ausschuss – Hamburg und auch London ist ja sozialistisch regiert – letzten Donnerstag diesem Vorschlag der Richtlinie zugestimmt haben? Wenn diese in ihrem eigenen Land so schlechte Erfahrungen hätten, warum haben sie das dann im Binnenmarkt-Ausschuss nicht verhindert?

Also nur auf Einzelstädte zurückzugreifen und darauf eine Meinung zu begründen, ist schon etwas gewagt. Dann führst du natürlich auch aus, es sollen explizite Ausnahmen von öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in die Richtlinie aufgenommen werden bzw. soll sich die EU mit den Richtlinien beschäftigen. Dieser Punkt ist überflüssig und widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip. Es gibt die Diskussion mit dem Subsidiaritätsprinzip, das ist richtig. Nur leider ist die Diskussion auch wieder völlig fehl am Platz, weil die Daseinsvorsorge in diesem Bereich sowieso das Subsidiaritätsprinzip der EU unterworfen ist und hier auch keine Änderungen möglich sind. Die Wasserversorgung ist und bleibt in der Hand der entsprechenden Gebietskörperschaft, wenn diese es will.

Wenn die Städte Wels, Steyr oder andere es so wollen, dann haben es diese Städte mit den dazugehörigen Politikern zu entscheiden und nicht Brüssel. Über die Richtlinie kann man diskutieren. Ich sehe es auch kritisch in anderen Bereichen, was die Themen Bürokratisierung und Auflagen für die Gemeinden betrifft, die von kleineren Gemeinden überhaupt nicht erfüllbar wären.

Aber das Thema Privatisierung ist hier einfach die Unwahrheit! Und es geht um ein transparentes Vergabeverfahren, wie es auch in anderen Bereichen bereits Usus ist. Mich wundert nur, warum sich ein so junger Mandatar dagegen ausspricht.

Zwischenruf GR. Ganzert: Dagegen spricht sich aber auch keiner aus, da hast du kein Sinnverständnis, wenn ich das so sagen darf, lieber Stefan.

GR. Haböck: Hier werden einheitliche Standards europaweit für die Vergabe festgelegt, wenn sich Kommunen in ihrem Bereich dazu entschließen. Mich wundert und ärgert ein wenig, dass es gerade von dir als kundigen angehenden Juristen und als Europameinderat so verbreitet wird, obwohl du weißt, dass es so wie du es in der Resolution geschrieben hast nicht der Wahrheit entspricht.

StR. Dr. Rabl: Lieber Stefan, prinzipiell muss ich einmal sagen, dass ich froh bin, dass dieser Antrag von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt wird, weil er endlich jene Befürchtungen richtig bewahrheitet, die schon Hans Achatz, der damalige Landeswasserrat im Jahre 1996 äußerte. Dieser sagte bereits damals, das möchte ich betonen: „Unser Wasser wird verkauft.“ Insofern freut es mich – ich habe seine alten Pressemeldungen in einer gewissen Nostalgie herausgesucht und mich darüber amüsiert – damals war die SPÖ-Fraktion noch Feuer und Flamme und hat gemeint, dass wir nur EG- und EU-kritisch sind und dass alles ein Unsinn sei.

Heute ist die SPÖ-Fraktion wieder einmal geläutert - zum zweiten Mal am heutigen Tag - jetzt haben sie selbst erkannt, dass es in gewisser Weise ein Problem werden könnte. Aus diesem Grund gab es auch einen Initiativantrag im Oö. Landtag. Vielleicht bist du über diesen nicht ganz so informiert, denn er wurde auch von der ÖVP in diesem Zusammenhang beschlossen. Dieser beschlossene Initiativantrag sagt ganz klar: Wir wollen sicherstellen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit sogenannten Dienstleistungen von allgemeinen wirtschaftlichen Interessen, wie die Müllentsorgung, Wasser und Energieversorgung, sichergestellt bleibt. Deshalb spricht man sich auch dagegen aus, dass diese Richtlinie von der EU in dieser Art und Weise beschlossen wird. Dr. Csar hat hier eine große Wortmeldung gemacht und auf die Probleme in diesem Zusammenhang



hingewiesen. Es wäre vielleicht erhellend, lieber Peter, wenn du sagen könntest, was du in dieser Meinung im Landtag vertreten hast. Tatsache ist nach meiner Information, dass diese Resolution insgesamt, auch das Wasser betreffend, angenommen wurde, auch von ÖVP-Vertretern.

Deshalb bin ich froh, dass Stefan Ganzert diesen Initiativantrag hier im Gemeinderat eingebracht hat und ich kann daher deine vorgebrachten Bedenken in diesem Zusammenhang nicht ganz so teilen. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, dass man der Bevölkerung mitteilen muss, welche Gefahren hier von Seiten der EU drohen. Offensichtlich wird das umgesetzt was schon zehn Jahre vorbereitet war, nämlich dass es zu einer Privatisierung des Wassers kommen soll. Das ist natürlich auch eine Gefahr für unsere Gesellschaft und für unsere Versorgungssicherheit. Deswegen ist es mir wichtig, dass dieser Antrag heute so beschlossen wird.

GR. Prof. Mag. Teubl: Selbstverständlich sind die GRÜNEN gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Selbstverständlich hat aber natürlich die EU-Richtlinie, die gegenwärtig diskutiert wird, nicht wirklich etwas mit der Privatisierung der Wasserversorgung zu tun. Sondern es geht darum, dass hier eine wettbewerbsrechtliche Grundlage geschaffen werden soll, um bei etwaiger Privatisierung zu regeln, wie das ablaufen hat. Wir sind allerdings gegen diese Richtlinien, die zur Begutachtung von der EU gekommen sind. Wenn eine Stadt meint privatisieren zu müssen, folgt eine EU-weite Ausschreibung. Dies kann in weiterer Folge dazu führen, dass europaweit Großkonzerne tätig werden, die dann tatsächlich auf Trinkwasservorräte ihr Augenmerk lenken könnten. Das wollen wir selbstverständlich nicht, deswegen sind wir gegen diese Richtlinien, und für diesen Antrag.

Wir sind aber nicht dafür – wie es leider manche Organisationen im Internet gemacht haben – dass aus dieser Richtlinie jetzt eine Verordnung gemacht wird, in der angeblich die EU alle dazu zwingt die Wasserversorgung zu privatisieren. Das war und ist nicht vorgesehen, sondern dient nur dazu, die EU wieder einmal in den Augen der Öffentlichkeit anzuschwärzen. Dies führt wiederum dazu, dass der Stadtrat Dr. Rabl zum Beispiel derart alte Hüte ausgraben kann, wie er sie jetzt gerade ausgegraben hat, die schon ziemlich vermodert, verwest und nicht mehr aktuell sind.

Aber wir werden auf jeden Fall – trotz all dieser Schwächen – diesem Antrag als GRÜNE-Fraktion zustimmen, weil es wichtig ist, dass die Wasserversorgung tatsächlich dem Zugriff Privater weitgehend entzogen bleibt.

GR. Markus Wiesinger: Ich habe nicht vorgehabt mich hier zu melden. Es sind jedoch einige Sachen angesprochen worden, die mich fast zwingen aufzustehen. In einigen Punkten gebe ich Mag. Teubl Recht. In der Richtlinie gibt es keinen Zwang zu privatisieren. Das wurde in den Medien, speziell von Sozialdemokraten, anders dargestellt. Es ist auch richtig, dass im Jahr 1996 schon mit dem Ausverkauf des Wassers geworben wurde. Ich erinnere mich an das Jahr 1997. Ich glaube da war es der Herr Landeshauptmannstellvertreter Erich Haider, der sagte: „Unser Wasser wird verkauft“. Wir reden also schon lange darüber. Siehe da, das Wasser ist bis jetzt noch nicht verkauft worden.

Wenn ich mir die Wortmeldungen im Gemeinderat ansehe, so hat keine Fraktion Interesse daran das Wasser zu verkaufen. Prof. Mag. Teubl sagte es richtigerweise, die Kommunen entscheiden selbst was passiert. Ich glaube bei dieser Richtlinie geht es um einen springenden Punkt und das ist die Vergaberichtlinie.

Ich erinnere mich an den Verkauf der Bank Burgenland. Ich glaube sehr viele Kollegen des Gemeinderates wissen, wie damals der Verkauf vonstatten ging. Das Land hat entschieden, wir wollen die Bank Burgenland verkaufen. Dazu hat es zwei Angebote gegeben, einmal mit 100 Mio. Euro und einmal 155 Mio. Euro. Das Land Burgenland entschied sich für das Angebot mit 100 Mio. Euro. Daraufhin gab es eine Klage vom Zweitbieter. Dieser bot ja mehr und hat seitens der EU Recht bekommen. Das Verfahren ist jetzt immer noch bei Gericht anhängig, weil das Land gegen diesen Bescheid klagte. Das EU-Gericht meinte, dass der Erstgereichte 55 Mio. Euro nachzahlen müsste. Das Land will jedoch dieses Geld nicht.

Es ist wichtig, wenn eine Kommune oder ein Land etwas entscheidet, dass es dafür klare Richtlinien gibt. Es kann nicht sein, wie bei der Tabak-Burgenland, dass der Anschein entsteht, dass unter der Hand etwas vergeben wird. Kollege Ganzert, sie haben sich sehr genau mit diesen Richtlinien befasst, dann haben sie auch die Zahl 1000 gelesen. Dies ist eine ganz aktuelle Zahl, denn diese Richtlinie hat zurzeit 1000 Anregungen, Resolutionen, Abänderungsvorschläge, EU-weit erhalten. Deshalb glaube ich, dass die Tausendunderste auch nicht schaden wird, aber es wird nichts daran ändern.

GR. LAbg. Dr. Csar: Kollege Haböck hat es schon eindeutig und rechtlich einwandfrei analysiert. Solche Privatisierungsbestrebungen sind nicht ohne Gemeinderat und ohne die Kommunen möglich und zulässig. Das heißt, wenn hier daran gedacht wird das Wasser zu privatisieren, dann müsste dies der Gemeinderat beschließen.

Aber wir sind uns darüber einig, darum machen wir das auch nicht. Dementsprechend müßig ist es darüber zu diskutieren. Wenn wir den Antrag jetzt beschließen oder nicht beschließen, wird sich daran nichts ändern, Wir sind nach wie vor zuständig über unser Wasser selbst Verantwortung zu übernehmen. Daher bin ich der Meinung, dass man das auch klipp und klar sagen muss und nicht Panikmache betreibt und die Angst schürt. Es liegt in unserer Verfügungsgewalt, das zu entscheiden - das möchte ich hier festhalten.

Der Landtag hat sich ebenfalls damit auseinandergesetzt. Dies ist richtig, insbesondere auch dahingehend, da ansonsten die Konzessionsrichtlinien Gültigkeit haben würden. Dies würde bedeuten, dass man EU-weit ausschreiben müsste und gebunden ist an den Billigstbieter. Man hat keine Möglichkeit mehr, auch als Gemeinderat, darüber zu verfügen. Und das waren die Bedenken, wo es geheißen hat, man möge sich darüber auf EU-Ebene noch einmal damit auseinandersetzen. Wir als ÖVP-Fraktion werden diesem Antrag zustimmen und diesen auch mittragen. Er kann nicht schaden, wird aber auch nichts bewirken.

GR. Reindl-Schwaighofer: Wenn wir diesen Antrag heute gemeinsam beschließen, dann werden wir gemeinsam alle Dinge, welche die Daseinsvorsorge betreffen – das Wasser ist nur ein Beispiel dafür – in unserer Hoheitsverwaltung behalten können. Das ist meiner Ansicht nach das Wesentliche. In diese Richtung geht die Initiative. Zum

sinnerfassenden Lesen möchte ich sagen: Die Dinge von EU-Abgeordneten Josef Weidenholzer habe ich sehr genau gelesen. Ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass er nicht über die Richtlinie gesprochen hat und das Wasser immer ein Beispiel gewesen ist. Man müsste schon sehr in seinen parteipolitischen „Patschen“ drinstecken, wenn man das so gelesen hat.

Vzbgm. Wimmer: Ich muss jetzt etwas machen, das ich nicht sehr oft und nicht unbedingt mit großer Begeisterung mache. Ich muss dem Herrn Dr. Csar zu seiner Dialektik gratulieren. Ich selbst bin ja nicht der EU-Experte, noch weniger der Jurist und bin auch kein Europagemeinderat, sehe das auch nicht als juristische Diskussion zu irgendeiner EU-Verordnung, sondern zu einer politischen Diskussion, wie sich die Stadt Wels in Zukunft in dieser speziellen Frage positionieren soll.

Wenn diese Resolution beschlossen wird, ist dies eine ganz klare Aussage. Der Welser Gemeinderat möchte das Wasser nicht privatisieren. Er möchte von seiner Zuständigkeit im Moment auf jeden Fall nicht Gebrauch machen und dieses Instrument anwenden. Alle Gemeinderatsmitglieder, die das sagten, haben natürlich recht.

Daher halte ich diesen Antrag für außerordentlich wichtig. Wir haben in der SPÖ-Fraktion darüber diskutiert, ob man jetzt überhaupt noch im Nachhang zum Oö. Landtag das Thema erörtern muss. Ja, das muss man erörtern, denn das ist wichtig. Es ist eine Aufgabe der Gemeinde die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Insbesondere was Wasser, Energie und Abwasser etc. betrifft und ich bin sehr froh darüber, dass sich hier eine sehr einheitliche Meinung darüber abzeichnet. Im Übrigen gebe ich ihnen auch in dem Punkt recht, Herr Dr. Csar, ob wir es beschließen oder nicht, das ändert absolut nichts. Aber das ist ein Schicksal, welches eigentlich alle Resolutionen, die wir hier beschließen, teilen. Mir ist keine Resolution bekannt, wo wir auch nur eine Antwort erhielten. Veränderungen haben wir in der Vergangenheit durch unsere Resolutionen nicht bewirken können. Es genügt, wenn wir unseren politischen Willen durch so eine Resolution zum Ausdruck bringen.

GR. Ganzert: Ich möchte mich vorerst einmal bei allen Beteiligten bedanken, die sich bei dieser Debatte zu Wort gemeldet haben und möchte noch kurz auf die Wortmeldungen meines Kollegen Stefan Haböck Bezug nehmen. Danke für deine langen Ausführungen, es ist mit den Punkten schon fast zu einem Referat ausgeartet. Wenn es um London, Hamburg etc. geht – ich glaube du bist in der Paneuropa-Bewegung sehr aktiv, weshalb du sehr viel verreist und deswegen kannst du sie selbst fragen. Ich bin für Wels zuständig, ich bin hier und kann nicht wissen, was meine FreundInnen und KollegInnen in ganz Europa tun. Aber du scheinst jedoch ein sehr großes Faible dafür zu haben.

Ich möchte aber aufs Inständigste zurückweisen, dass ich kein Leseverständnis hätte. Wir können gerne Satz für Satz miteinander durchgehen und uns das ganz genau ansehen, denn es ist in keinster Weise enthalten, dass die Privatisierungen folgen, sondern dass die Möglichkeit eingeräumt wird.

Wir wollen den Weg einer öffentlichen Daseinsvorsorge in der Wasserversorgung mit Sicherheit, mit einer hohen Qualität, weitergehen. Natürlich kann es zu einem Risiko kommen falls wir einmal umstrukturieren. Wir wären dann aufgrund der Richtlinien ver-

pflichtet europaweit auszuschreiben. Dann wäre eine Vergabe im Haus nicht mehr möglich. Davor möchte ich warnen und deshalb stellen wir diesen Antrag. Vielleicht sollte Kollege Haböck – wenn er wieder einmal im EU-Parlament bei seinem Chef ist – mit den Kollegen von allen Fraktionen, auch mit der eigenen Fraktion darüber sprechen, wie ihr Stimmverhalten war bzw. ob sie dies so sehen. Er sollte sich ein bisschen auf den aktuellsten Stand bringen.

Donnerstag war ja die Abstimmung im Binnenmarkt-Ausschuss, die leider durchgegangen ist. Ich glaube dennoch, dass diese Resolution einen Sinn haben muss, denn sonst würde ich hier nicht stehen, auch wenn es Zweifel und Bedenken gibt. Aber wenn es die Tausendunderste sein muss, die etwas bewegt, dann bin ich gerne derjenige, der die Tausendunderste vorbringt und vorträgt.

Der Antrag (Anlage 17) zu Punkt 16. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Karl Schönberger

17.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Konzept zur Entlastung der Oberfeldstraße  
DI-Verf-038-2013

GR. Schönberger: Beim TOP 17 handelt es sich um einen Initiativantrag, in dem unser Verkehrsstadtrat beauftragt wird für das Problem Oberfeldstraße eine Lösung zu finden. Wer in der Oberfeldstraße Freitagnachmittags oder Samstagvormittags unterwegs ist, wird feststellen, dass es sich hier wirklich um unhaltbare Zustände handelt, die wir dort haben. Wenn er vorher gesagt hat, die Straßen sind eine Visitenkarte der Stadt, dann muss man sagen, im Norden der Stadt haben wir eine schlechte Visitenkarte.

Wenn jemand den Adrenalinkick sucht, dann kann ich durchaus über ein paar Stellen Auskunft geben, wo man diesen sehr gut finden kann. Ein Überqueren aus der Straubinger Straße in Richtung Interspar am Freitagnachmittag und am Samstag Vormittag, ist ungefähr das gleiche wie Bungeejumping, nur nicht mit derselben Sicherheit ausgestattet. Der Adrenalinkick für einen Gehbehinderten oder für jemanden der einen Kinderwagen schiebt ist sicherlich da.

Der zweite Punkt betrifft die Fußgänger und Radfahrer. Nehmen sie zum Beispiel einen der beiden Fußgängerübergänge, wenn sie zum Einkaufszentrum Hofer über die Osttangente müssen. Da müssen sie körperlichen sehr fit sein, um überhaupt in einer

Grünphase über die Osttangente zu kommen. Es ist für eine Person mit einem Kinderwagen oder für ältere Menschen so gut wie unmöglich. Diese müssen in der Mitte der Osttangente stehen bleiben und warten bis der gesamte Verkehr durch ist, um bei der nächsten Grünschaltung die zweite Fahrspur zu überqueren.

Ich denke mir, dass sich die Situation in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren nicht bessern wird, wenn man nicht von Haus aus ein vernünftiges Konzept erstellt. Wir haben in den nächsten Wochen die Eröffnung des Dehner-Marktes, was sicher zu mehr Verkehrsaufkommen führen wird. Wir haben den Bau des neuen Geschäftszentrums nördlich auf Höhe Bauhaus und wir bekommen das Altstoffsammelzentrum. Hier wird genau in diesen exponierten Zeiten sich mehr tun. Darum müssen wir versuchen den dort wohnenden Menschen und den Kunden unserer Geschäfte sowie den Menschen, die im Norden die Stadt umfahren, eine Möglichkeit zu geben, sich alle nebeneinander sicher bewegen zu können. Das ist nur mit einem vernünftigen Konzept möglich, welches ich ersuche zu erstellen.

Zu berücksichtigen wäre noch, dass entlang der Oberfeldstraße ungefähr gleich viele Menschen wie in einer durchschnittlichen oberösterreichischen Gemeinde, z.B. Krenglbach, leben. Das darf man nicht unterschätzen. Wir sind für diese Menschen verantwortlich, damit sie ungehindert einkaufen können. Oder aber auch, dass Kinder einmal alleine einkaufen gehen können, ohne dass die Eltern Angst haben müssen, sie könnten überfahren werden.

StR. Kroiß: Geschätzter Kollege! Ich glaube, dass du deinen Antrag wider besseren Wissens geschrieben hast. Du bist langjähriges Mitglied im Welser Gemeinderat, warst langjähriges Mitglied im Welser Verkehrsausschuss und ich glaube, du wohnst in der Straubinger Straße. Dadurch weißt du natürlich ganz genau, wie es zu dieser Verkehrsentwicklung gekommen ist.

Die Oberfeldstraße ist eine Einfahrtsstraße von Wels. Sie hat ein hohes Verkehrsaufkommen von rund 13.000 Fahrzeugen in 24 Stunden. Als Verkehrsentlastung wäre die Autobahn vorgesehen. Auf der Oberfeldstraße sind sehr viele Betriebe angesiedelt, wodurch es einen sehr großen Ziel- und Quellverkehr gibt.

Du forderst in deinem Antrag ein Konzept zur Entlastung der Oberfeldstraße. Die Umsetzung soll noch vor der Eröffnung der neuen Geschäftslokale erfolgen. Lieber Karl Schönberger, alleine aus diesem Grund ist dein Antrag abzulehnen. Es ist unrealistisch in drei Monaten ein Verkehrskonzept erarbeiten zu lassen, welches die Oberfeldstraße entlastet. Warum ist der Verkehr in der Oberfeldstraße gestiegen? Er ist nicht so enorm gestiegen wie du behauptest, sondern er ist um 1 % gestiegen, wie in vielen anderen Straßen auch. Der Verkehr ist deswegen gestiegen, weil wir Betriebe angesiedelt haben, weil wir einen Kindergarten gebaut haben, weil wir Seniorenwohnungen und sonstige Wohnungen gebaut haben. All diese Projekte ziehen natürlich Verkehr nach sich und soweit ich mich erinnern kann, hat die SPÖ-Fraktion bei all diesen Projekten zugestimmt und ganz bewusst in Kauf genommen, dass hier in der Oberfeldstraße mehr Verkehr entsteht. Das muss man in diesem Zusammenhang schon einmal sagen.

Wenn du abenteuerliche Ab- und Zufahrten erwähnst, muss ich schon anmerken, dass, wenn eine neue Firma errichtet wird, auf eine eigene Abbiegespur bestanden wird, dass hier die Straßen verbreitert wurden, um das Zu- und Abfahren zu erleichtern. Zu den

einspurigen Kreisverkehren möchte ich anmerken, dass gerade die einspurigen Kreisverkehre wesentlich sicherer sind als alle ampelgeregelten Kreuzungen. Wo du auf alle Fälle recht hast ist der Schutzweg Straubinger Straße/Oberfeldstraße, weil diesen sehr viele Menschen benützen in Richtung Interspar. Hier sieht die StVO vor, dass der Autofahrer anzuhalten hat, damit der Fußgänger ungehindert die Straße queren kann. Wir haben genau darauf geachtet, dass die Schutzwegausleuchtung optimiert wird. Es gibt eine gelbe Blinklichtanlage und ein leuchtendes Verkehrszeichen. Bedauerlicherweise kommt es immer wieder zu Verkehrsunfällen, und zwar je einen in den Jahren 2008, 2009, 2010 und 2012. Es gibt bereits Überlegungen, ob nicht eine Vollverampelung vorgesehen wird mit dem Planziel des Vollausbau des Interspars und einem eventuell geplanten Kreisverkehr in der Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße.

Zu deinen Bedenken, dass die Verkehrsströme nicht an Kindergarten, Seniorenwohnhäusern und großen Siedlungsgebieten fließen müssen, darf ich fragen, was machen wir in der Hans-Sachs-Straße, in der Linzer-Straße, in der Schubertstraße, in der Grieskirchner Straße und in der Albrechtstraße? Das sind alles Straßen, an denen sehr viele Menschen wohnen und wir mehr als 10.000 Fahrzeuge in 24 Stunden gezählt haben. Nehmen wir dort eine Verkehrsbelastung weg, müssen wir sie bei einer anderen Straße dazugeben.

Die Untersuchungen für Unfallhäufigkeiten gibt es schon lange und gerade die Dienststelle Verkehrsrecht mit dem Sachverständigen des Landes trachtet danach, dass diese Kreuzungen entschärft werden. Wir sind natürlich auch für eine Entlastung der Oberfeldstraße, aber ich bin genug Realist damit ich weiß, dass die Hoffnung in nächster Zeit sehr gering ist, diesen Verkehr dort zu entlasten, weil dies nördlich der Autobahn momentan nicht möglich ist. Ein vierspuriger Ausbau hätte noch mehr Verkehr zur Folge und daher muss man sehr vorsichtig sein, was mit der Oberfeldstraße geschieht.

Vzbgm. Lehner: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Initiativantrag an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung zuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Lehner auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 18) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird mit

34 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 1 Nein-Stimme (Vzbgm. Dr. Wieser)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Fortsetzung des Reformprojektes in der Stadt Wels:

GR. LAbg. Dr. Csar: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Bei diesem Antrag geht es darum, dass Kosteneinsparungsmöglichkeiten im Rahmen des Reformprojektes, das im Magistrat begonnen worden ist, geschöpft werden. Dieses Reformprojekt soll mit Vehemenz und Engagement voran- und fortgeführt werden, damit hier alle möglichen Einsparungen herangezogen werden, um das Budget für die Stadt Wels dementsprechend positiv zu gestalten. Überall dort, wo wir sparen, können wir Geld den Bürgerinnen und Bürgern in Wels zur Verfügung stellen und gemeinsam Projekte beginnen umzusetzen, die für uns und für ein zukünftiges gutes Wels wichtig sind.

Warum haben wir diesen Antrag eingebracht? Dieser Antrag ist für uns für die Zukunftsorientierung wichtig. Außerdem gibt es eine Untersuchung, die vor kurzem von Herrn Prof. Schneider verlautbart wurde. Diese Untersuchung gibt wieder, dass der Schuldenstand bei den Statutarstädten genauest zu beobachten, zu analysieren und zu beachten ist. Es wäre natürlich vorteilhaft, diese Studie zu besorgen und mit Herrn Prof. Schneider darüber zu diskutieren wie die Statutarstadt Wels dasteht, denn hier ist Handlungsbedarf. Je früher wir anfangen zu sparen, ohne dass man den Bürgern und Bürgerinnen etwas wegnimmt, umso besser. Daher möchten wir, dass das Reformprojekt weitervorgeführt und mit guten Ergebnissen abgeschlossen wird. Wir möchten nicht, dass mit einseitigen Aussagen diese Reformbestrebungen beendet und zu Grabe getragen werden. Dagegen sprechen wir uns aus und daher haben wir auch diesen Antrag eingebracht. Die Politik ist verantwortlich für das Budget, die Politik ist verantwortlich, den begonnenen Reform- und Aufgabenprozess voranzuführen und auch abzuschließen. Die Politik hat darüber zu entscheiden, wie es mit den Reformbestrebungen weitergeht und was mit diesem Geld zu geschehen hat. Die Verantwortung liegt also bei uns und daher hoffe ich, dass dieser Antrag eine entsprechend ausreichende Zustimmung erhält.

Vzbgm. Wimmer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Csar, ich bin ihnen keineswegs böse wegen dieses Antrages, sondern ganz im Gegenteil, weil er mir doch die Möglichkeit einräumt, hier zu einigen, auch für mich und ich glaube für den ganzen Gemeinderat sehr wichtigen finanzpolitischen Aspekten und Entwicklungen der Stadt Wels Stellung zu nehmen.

Zunächst zu den Inhalten oder zur Begründung dieses Antrages, die relativ wenig hergibt, denn dass ein Reformprozess entsprechend den Aufträgen des Lenkungsausschusses irgendwann von Beamtenseite als abgeschlossen betrachtet wird, ist ja nichts Ungewöhnliches. Ich bin jetzt nicht dazu da, die Frau Magistratsdirektorin zu interpretieren. Sie erklärte die Aufträge, die an die Beamtenschaft aus diesem Lenkungsausschuss ergangen sind, als abgeschlossen. So habe ich das verstanden. Sie hat nicht den Lenkungsausschuss aufgelöst, das kann richtigerweise nur der Bürgermeister. Es hat auch niemand ein Problem, wenn ein Lenkungsausschuss weiterbesteht, haben wir halt ein Organ mehr neben vielen anderen Organen, das ist nicht das Problem. Dass Reformen fortgesetzt werden, ist jetzt auch nicht so sensationell. Denn gerade für mich als Finanzreferent gehört es zu den Kernaufgaben, ich möchte fast sagen zu den Hausaufgaben, ständig alle Positionen, die mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind, zu

durchleuchten und zu hinterfragen und dann einzugreifen, wenn ich meine, dass die Stabilität der Finanzen in irgendeiner Art und Weise gefährdet sein könnte. Das war in der Vergangenheit, seit ich Finanzreferent bin, Gott sei Dank nur sehr selten der Fall. Es gab dies nur einmal in den Jahren der Krise, als wir eine Haushaltssperre verhängen mussten, um die Liquidität der Stadt Wels zu stabilisieren.

In der Zwischenzeit hat sich die Situation wesentlich verändert und auch wesentlich verbessert. Zur Studie selbst: Ich wäre dankbar, diese Studie zu erhalten. Diese habe ich versucht telefonisch zu bekommen, es war mir jedoch nicht möglich. Mir wurde mitgeteilt, dass der Auftraggeber - ich kann das jetzt nur sagen was ich zwischen den Zeilen gelesen habe - die ÖVP die Herausgabe dieser Studie nicht zulässt. Es wird allenfalls irgendwann einmal eine Kurzfassung geben, die man zur Verfügung gestellt bekommt. Zur Zeit erhält man keine Unterlagen, ich kenne daher nur jene Daten, die medial veröffentlicht wurden in der Sprache der Journalisten. Dazu muss ich sagen, es war nichts dabei, was mich besonders erschreckt hätte. Ich unterstelle dem Herrn Prof. Schneider keineswegs, dass er nicht Prozentrechnen kann. Er ist auch auf die Informationen, die er von irgendwo her bekommt, angewiesen als Basis seiner Arbeit und seiner Aussagen. Von mir hat er keine Informationen eingeholt, auch nicht von der Finanzdirektion und vom Herrn Bürgermeister.

400 % Steigerung der Verschuldung der Stadt Wels in den letzten 10 Jahren, das mag stimmen, ich habe es nicht nachgerechnet. Das Entscheidende bei diesen Prozentrechnungen ist ja die Basis, von der man ausgeht. Wenn ich heute 2 Euro Schulden habe und in drei Wochen 8 Euro Schulden, dann habe ich um einige 100 % meine Verschuldung gesteigert. Das heißt, die Basis dieser Zahlen ist entscheidend.

Aber, worauf sie nicht eingegangen sind, obwohl sie im Antrag das Wort „dramatisch“ verwenden, welches auch in der Kronen Zeitung gestanden ist, war, dass in der gleichen medialen Veröffentlichung, es war die Tabelle in den OÖ Nachrichten veröffentlicht, die Verschuldungssituation der Stadt Wels im Vergleich zu den anderen Städten als eine außerordentlich günstige dargestellt wurde. Wenn man sich die Balken von Linz, Wels und Steyr anschaut, dann sieht man den Vergleich unserer Verschuldung zu diesen Städten. Ich kann das als Finanzreferent auch von vielen anderen Städten sagen und ich kenne keine Stadt in Österreich, die unter Berücksichtigung des Investitionsvolumens, das wir in den letzten 10 Jahren bewegt haben, einen so geringen Schuldenstand hat wie die Stadt Wels. Das hat uns im Übrigen auch der Oö. Landtag attestiert, als die Schuldenbremse beschlossen wurde. Für die Stadt Wels wurde eine Sonderregelung aufgrund des geringen Verschuldungsgrades in unserer Stadt eingeräumt.

Ich darf sie aber auch aus Gründen der Aktualität informieren, daher bin ich dankbar für diesen Antrag und ich habe auch für die Dringlichkeit gestimmt, um meine Wortmeldung hier keineswegs zu gefährden für den Fall, dass die Dringlichkeit nicht zuerkannt worden wäre. Nach den vorläufigen Ziffern, ich muss da jetzt sehr vorsichtig sein um es mir mit meinem Finanzdirektor nicht zu verscherzen, des Rechnungsabschlusses, der voraussichtlich im Mai im Gemeinderat präsentiert wird, beträgt zum 31.12.2012 die Verschuldung 51,9 Mio Euro. Das ist ohne die Durchläufer-Darlehen der EWW AG. Das sind 3 Mio Euro, die wir jetzt noch dazurechnen müssten. Das tue ich aber nicht, denn ein Darlehen, wo die Stadtwerke nicht nur die Tilgung, sondern den Gesamtschuldendienst vertraglich übernehmen, sehe ich nicht als originäre Schuld der Stadt Wels. Also gut, rechnen wir das dazu, bleiben wir bei meiner Rechnung, dann hat sich der Verschuldungsstand 2011 von 55,1 Mio Euro auf 51,9 Mio Euro laut vorläufigen Ziffern des



Rechnungsabschlusses 2012 verringert. Man zeige mir eine österreichische Stadt oder Gemeinde, geschweige denn in Oberösterreich, der dies in diesen schwierigen Zeiten gelungen ist.

Das war natürlich nicht alleine mein Verdienst, das war ein Verdienst aller Beteiligten, das ist der Gemeinderat, das sind die Mitglieder des Stadtsenates, das sind insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates unter der Führung der Frau Magistratsdirektorin und des Baudirektors, die durch den bereits vor Jahren eingeleiteten Reformprozess einen wesentlichen Beitrag zu diesem ausgezeichneten Ergebnis erzielt haben. Denn dem gemäß ist auch die Pro-Kopf-Verschuldung, wo Ziffern von 2.200/2.300 Euro usw. in den Medien kursieren, von 942 Euro im Jahr 2011 auf 886 Euro im Jahr 2012, wie gesagt nach den vorläufigen Ziffern des Rechnungsabschlusses, zurückgegangen. Das ist nicht die konsolidierte Form des Budgets, die insbesondere der Kollege Dr. Rabl immer einfordert und der hier in Wels nur vom Wirtschaftsverband der ÖVP getoppt wird.

Die Konsolidierung des Herrn Josef Resch – ich musste das zur Kenntnis nehmen bei einer WT1-Talkrunde vor etwa einer Woche – geht in Richtung 300 Mio Euro Schulden der Stadt Wels. Er hat mir erklärt, dass selbstverständlich auch die Schulden der Welser Heimstätten Genossenschaft, wie z.B. die Wohnbauförderungsdarlehen, dem Schuldenstand der Stadt Wels zuzuordnen und von mir zu verantworten sind. Ich habe das als Nicht-Jurist als sehr lustige Auffassung verstanden. Bei einer Genossenschaft, die im Übrigen sehr gut dasteht dank der Arbeit der dortigen Organe und Mitarbeiter, wo die Stadt Wels 10 % Stimmrechtsanteil hat und mit 93 % der Geschäftsanteile ein paar Millionen Geschäftsanteile hält, jetzt plötzlich die Stadt als Genossenschafter für diese Schulden verantwortlich zu machen. Ich sehe diese Schulden nicht negativ, denn es wurde in den Wohnbau investiert, auch in den sozialen Wohnbau. Aber ich lehne es ab, dass diese Schulden der Stadt Wels zugeordnet und damit in die Verantwortung auch des Finanzreferenten hineingetragen werden. Das war mir wichtig festzustellen, das sind Ziffern, die nicht zu widerlegen sind. Gerne diskutiere ich mit dem Herrn Prof. Schneider oder mit dem Auftraggeber, dieses Institut der ÖVP, über diese Ziffern gemeinsam mit dem Herrn Finanzdirektor, der sie berechnet hat.

Es stimmt ganz einfach, eins und eins ist zwei, das muss auch für die Fraktionen dieses Gemeinderates gelten. Ich bin daher sehr froh, dieses Zwischenergebnis heute präsentieren zu können und darf nochmals betonen, dass die SPÖ keinerlei Problem damit hat, diesen Lenkungsausschuss fortzuführen. Für mich wäre die Sache Reformprojekt 2010 an und für sich obsolet, denn der Gemeinderat hat in der Budgetsitzung ein wesentlich erweitertes Reformprogramm und Einsparungsprogramm beschlossen. Mit diesem haben wir die Verantwortung durch den Beschluss des Gemeinderates auf die jeweils zuständigen Mitglieder des Stadtsenates verteilt, was meiner Meinung nach auch richtig ist. Einsparungen, Reformen bedürfen großteils politischer Beschlüsse, daher ist es richtig, dass dies bei den Stadtsenatsmitgliedern angesiedelt ist und nicht beim Magistrat, der letztlich auch nur wieder entsprechend den Aufträgen des zuständigen Stadtsenatsmitgliedes arbeiten kann.

In diesem Sinne sage ich nochmals danke, dass sie das Thema aktualisiert und mir Gelegenheit gegeben haben, diese erfreuliche Entwicklung der Stadtfinanzen heute dem Gemeinderat zu präsentieren.

StR. Dr. Rabl: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Mich verwundert es, dass man auch bei kontroversiellen Positionen noch die großkoalitionäre Eintracht in den Vordergrund rücken kann. Es freut mich, dass es ein so gutes gemeinsames Zusammenleben und Existieren gibt.

Das ist besonders deswegen erfreulich, weil gerade dieser Antrag auch den Freiheitlichen die Möglichkeit gibt, ein paar Dinge zurechtzurücken. Zuerst muss ich den Dr. Peter Csar leider korrigieren. Der Schuldenzuwachs lag nicht bei 400 %, das hat Herr Schneider ja korrigiert, sondern bei 488 %. Daten sind hier jene, die man von der Homepage der Stadt Wels herunterladen kann, daraus ergibt sich die Pro-Kopf-Verschuldung. Herr Lang hat die entsprechende Statistik dazu gemacht. Aber wie Herrmann Wimmer völlig zu recht und richtig sagt, kommt es immer darauf an, welchen Vergleichswert ich hier nehme. Der Vergleichswert ist aus meiner Sicht völlig willkürlich gewählt. Keiner weiß, warum 2005 und nicht 2008, da wären es nämlich 700 %, wählt man aber 1996, dann wäre es wesentlich weniger. Das heißt, dieser Wert ist nicht wirklich aussagekräftig.

Aussagekräftig ist vielmehr, wie schaut es mit der Neuverschuldung aus? In dieser Frage muss ich dem Hermann Wimmer recht geben. Er hat es hier mit der Unterstützung des gesamten Gemeinderates geschafft die Schuldenbremse wirksam werden zu lassen, ein Kostendämpfungsverfahren sozusagen für das Budget, das ja immer wieder beschworen wird. Wenn ich mir den Antrag der ÖVP anschau, so muss man feststellen, dass es hier nicht um das Reformprogramm 2010 geht. Ob dieses erledigt ist oder nicht, ist aus meiner Sicht ohnehin irrelevant. Entscheidend ist, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Uns geht es vielmehr darum, dass die neu beschlossenen Reformen zügig umgesetzt werden. Ob das in einer Reformgruppe 2010 erfolgt oder 2013 ist insofern aus meiner Sicht tatsächlich überhaupt nicht relevant. Was ich aber mitgeben möchte ist die Frage - darüber haben wir uns auch bei der letzten Diskussion unterhalten - ob es nicht für Wels zielführend wäre, eine doppelte Buchhaltung parallel zur Kameralistik einzuführen, um auch den Vermögensstand der Stadt Wels darstellen zu können, wie weit sich die Vermögenslage der Stadt verändert hat. Weil eine Sicht ist doch immer ein bisschen unfair. Wir investieren Millionenbeträge in unsere Infrastruktur, riskieren Millionenbeträge in Schulen, Straßen und Sportanlagen. Tatsächlich scheinen diese Vermögenswerte überhaupt nicht auf, weshalb eine realistische Überblickung des Vermögens und der Finanzlage der Stadt Wels mit der reinen Kameralistik aus meiner Sicht seriös gar nicht möglich ist. Ich glaube daher, auch das wäre ein großer Anknüpfungspunkt für ein neues Reformprogramm. Für die Umsetzung ist die Frau Magistratsdirektorin zuständig.

Wir glauben, dass dieser Antrag durchaus berechtigt ist, wenn auch die Begründung in Teilbereichen aus unserer Sicht nicht ganz stimmig ist.

GR. Prof. Mag. Teubl: Meine Damen und Herren! Wenn ich mir diesen Antrag genauer anschau, dann heißt es hier im Punkt 2 sinngemäß, die Bemühungen im Rahmen von Aufgaben- und Verwaltungsreformvorschlägen Kosteneinsparungen für Wels zu lukrieren sollen fortgesetzt werden. Wir GRÜNE haben ein gewisses Problem mit der Formulierung. Einerseits sind wir natürlich sehr dafür, dass in der Verwaltung gespart wird. Hier finden wir, dass es nicht darum geht, ob es der Reformprozess 2010, 2011, 2012, 2013 oder 2014 ist, das ist uns völlig egal. Es geht auch nicht darum, ob der Lenkungsausschuss weiterbesteht oder nicht, sondern es geht darum, dass endlich einmal Er-

gebnisse vorgelegt werden, die auch diesen Namen verdienen. Das ist unserer Meinung nach bisher nicht der Fall. Deswegen kann man nicht sagen, dieser Reformprozess ist beendet.

Ich habe schon in meiner Budgetrede im letzten Gemeinderat darauf hingewiesen, dass es wohl kein besonders tolles Ergebnis ist, wenn die Frau Magistratsdirektorin in ihrer Pressekonferenz verlauten lässt, dass innerhalb der letzten 15 Jahre zehn Dienstposten in der Verwaltung eingespart worden sind. Da gibt es ein Einsparungspotential, das zu heben ist. Dadurch ist weiterhin ein Handlungsbedarf gegeben, der von politischer Seite entsprechend mit Druck versehen werden muss.

Was mir nicht so gefällt oder wo wir GRÜNE Probleme damit haben ist, wenn es heißt, „im Rahmen von Aufgabenreformvorschlägen Einsparungen zu erzielen“. Denn da sind wir wieder bei dem berühmten Sparpaket, welches die anderen Fraktionen im Zuge des Budgetbegleitgesetzes vorgelegt haben. Bei diesem Sparpaket haben wir mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich hauptsächlich um eine Auflistung handelt, bei der auf Kosten der Bürger gespart wird. Es geht darum Leistungen einzuschränken, Museen z.B. stundenweise zu öffnen oder überhaupt zuzusperren, verschiedene andere Einrichtungen mit weniger Geld zu bedenken usw. Ich will das jetzt nicht wieder aufwärmen. Dafür sind wir nicht zu haben und deshalb haben wir auch ein Problem mit diesem Antrag.

Dass in jedem Ressort gespart werden soll ist klar. Aber der Sparwille in der Verwaltung geht uns nach wie vor ein wenig ab. Hier wollen wir einfach mehr Ergebnisse sehen als bisher. Wir wollen uns dem seltsamen Sparwillen der Verfasser des Sparpakets, des Budgetbegleitbeschlusses nicht anschließen, der dort, wo es um die Leistungen für die Bürger geht, Streichungen vornehmen will. Deshalb werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

Vzbgm. Lehner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat! Mir ist eines wichtig, und zwar das Institut IWS wurde hier fälschlicherweise als ÖVP-Institut dargestellt, das ist es natürlich nicht. Die IWS beschäftigt sich ganz klar mit dem Standort Oberösterreich, mit dem Wirtschaftsstandort Oberösterreich und Präsident oder Obmann ist hier Kurt Pieslinger, der ehemalige Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Oberösterreich.

Man mag ja sagen, das ist ÖVP-nahe, ja, das wird schon so sein, das ist klar, aber entscheidend ist sozusagen mit welchen Intentionen eine Organisation agiert. Und beim IWS geht es darum, den Wirtschaftsstandort Oberösterreich wettbewerbsfähig zu halten und da ist es einmal wichtig, dass man sich auch die Statutarstädte anschaut. Und wenn hier ein renommierter Professor zu dem Ergebnis kommt, dass in seiner vorgesehenen Zeitspanne es in Wels zu einer dramatischen Erhöhung der Verschuldung kommt, dann soll man das jetzt sozusagen nicht als beleidigte Leberwurst hinnehmen, sondern da muss man schauen, welche Schlüsse ziehen wir daraus. Und wenn der Schluss der ist, dass wir sagen können, 2012 ist uns ein Turnaround geglückt, dann ist das sehr erfreulich, dann ist das Beweis auch dafür, dass der Gemeinderat eine gute Arbeit leistet, dass das freie Spiel der Kräfte im Gemeinderat scheinbar auch zu guten Ergebnissen führt.

Man muss sich aber auch anschauen, wie ist es gelungen? Denn wenn wir Bereiche der Daseinsvorsorge, und das haben wir heute schon diskutiert, da und dort privatisieren, indem wir Kindergärten von der Heimstätte errichten lassen, und sozusagen hier nicht als Stadt selbst die Schulden aufnehmen, sondern diese Schulden in Form von Miete bezahlen, ist das auch eine Art der Privatisierung, die natürlich aus finanztechnischer Sicht durchaus korrekt ist und die sicherlich auch keinen Nachteil für die Welserrinnen und Welsler bringt. Aber man müsste natürlich hier in einer konsolidierten Darstellung der Verschuldung auch diese Bereiche wieder berücksichtigen.

Und da bin ich aber klar auch bei Andreas Rabl. Wichtig hier ist es nicht nur zu sehen, welche Schulden haben wir, welche Entwicklung ist bei den Schulden zu erkennen, sondern wichtig ist ganz klar, welche Vermögenswerte schaffen wir, wenn wir in Infrastruktur investieren. Wenn wir in Schulen, in Bildungseinrichtungen investieren, ist mir das allemal wichtiger, als wenn wir den letzten Eurobetrag bei der Verschuldung anschauen. Man muss hier mit Augenmaß investieren, das ist das, was diesen Gemeinderat auch auszeichnet, wo es immer wieder zu klaren Mehrheiten kommt bei Investitionen, zu klaren Beschlüssen kommt für Investitionen. Ich denke hier an das Medien Kultur Haus, andere Kultur- und Bildungseinrichtungen. Es ist wichtig, dass man klar darlegt, was ist finanztechnisch eine Investition und was ist eine Verschuldung, um hier Altlasten abzubauen oder sind es klare Zukunftsinvestitionen, die wir in den letzten Jahren noch getätigt haben.

Vzbgm. Wimmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Lehner gibt mir Anlass mich noch einmal zu Wort zu melden, um mich in eben so klarer Art und Weise, wie ich das beim Herrn Dr. Csar heute schon gemacht habe, auch bei ihm zu bedanken, nämlich für die ausgezeichnete Zusammenstellung der Wirtschaftsdaten der Stadt Wels. Wie ich einer Presseunterlage entnommen habe, die übrigens sehr gut formuliert ist, wahrscheinlich hat sie ein Magistratsmitarbeiter gemacht, aber die Zahlen sind sehr interessant, die sie dort gemeinsam mit ihrer Linzer Kollegin publiziert haben, die in klarer Weise sehr transparent darstellen, dass der Wirtschaftsstandort Wels bzw. die Region Linz – Wels hier in Österreich den zweiten Platz einnimmt unter Berücksichtigung aller Parameter.

Meine Damen und Herren, sagen sie mir eine Stadt, wo die Wirtschaft floriert und die Gemeinde laboriert oder umgekehrt, wo die Gemeinde erblüht und die Wirtschaft laboriert, sie werden mir so ein Beispiel nicht sagen können. Das heißt, das eine bedingt das andere. Die ausgezeichneten Wirtschaftsdaten, die der Kollege Lehner zu recht und ganz richtig der Öffentlichkeit präsentiert hat, unterstreichen ja nur eines, dass es in der Stadt Wels gelungen ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, Rahmenbedingungen, die die Politik, die dieser Gemeinderat hier geschaffen hat, in der Gestalt anzuwenden, dass auch der Wirtschaftsstandort Wels gemeinsam in der Region Linz – Wels österreichweit als Beispiel zu sehen ist.

Also, herzlichen Dank an alle, die dazu beigetragen haben, insbesondere sind es die Steuerzahler, insbesondere natürlich auch, und das haben sie erwähnt, die Kommunalsteuerzahler. Wenn die Kommunalsteuer in diesem Ausmaß fließt wie bei uns, kann doch nicht so eine schlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik in unserer Stadt gemacht worden sein. Aber weil hier diese 10 Jahre oder dieser Rhythmus des Herrn Prof. Schneider angesprochen wurden, möchte ich ihnen auch ein paar zusätzliche Zahlen nicht verheimlichen. Zahlen, die ich bei der besagten Fernsehdiskussion auch verwen-

det habe, und so ein bisschen in traberischer Manier in die Kamera gehalten habe. Ich weiß nicht, ob das jetzt hier für sie lesbar ist. Für den Fall, dass es nicht lesbar ist, bitte ich sie den WT 1-Beitrag – jetzt mache ich Werbung noch für WT 1 – anzusehen, da kann man das sicher ganz gut lesen, ich werde es hier wiederholen. Zwischen 2004 und 2013 hatten wir, wie gesagt, diese Schulden von 51,9 Mio per 31.12.2012 angehäuft. Was gab es in diesem Zeitraum noch? Es gab in diesem Zeitraum Zahlungen an das Land OÖ, ich habe sie extra mit Rotstift geschrieben, 254,1 Mio Euro haben wir in diesem Zeitraum an das Land OÖ abgeführt, abführen müssen.

Zwischenruf GR. Markus Wiesinger: „dürfen“.

Vzbgm. Wimmer: Herr Wiesinger, ich sage „müssen“ und unter Zwang. Davon, von diesen 254,1 Mio Euro ist nur die Landesumlage 52,2 Mio Euro, ein völlig archaisches Instrument, wo Steuergelder der Stadt Wels zur Stützung finanzschwacher Gemeinden in Oberösterreich verwendet werden. Das ist der Zweck der Landesumlage. D.h., dass mit unseren Steuergeldern (in diesen 10 Jahren 52,2 Mio Euro) das Land OÖ eine Umverteilung vorgenommen hat, eine Umverteilung von der finanzkräftigen Gemeinde Wels an finanzschwache Gemeinden, mittlerweile sind das ja über 300 in Oberösterreich, die Abgangsgemeinden sind. Und wenn ich mir die Ziffer, ich muss mir ja das direkt auf der Zunge zergehen lassen, ganz genau ansehe, dann haben wir mehr Landesumlage an das Land Oberösterreich bezahlt als wir in diesem Zeitraum an Schulden für wichtige, gerechtfertigte Investitionen aufnehmen mussten.

Ich darf nebenbei noch in Erinnerung rufen, diese Schuldenaufnahmen waren keine Akte des Finanzreferenten oder des Bürgermeister oder sonst eines Mitgliedes des Stadtsenates, das waren Beschlüsse dieses Gemeinderates mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit im jeweiligen Fall. D.h. eine sehr qualifizierte Mehrheit hat sich entschlossen, diese Schulden aufzunehmen, an denen wir natürlich zu knabbern haben, das ist ja ganz klar. Als Finanzreferent könnte mir nichts Schöneres passieren als wenn wir noch weiter und noch schneller die Schulden reduzieren. Auf der anderen Seite anerkenne ich auch die Notwendigkeit und Wichtigkeit von Investitionen. Viele wurden heute schon genannt, vom Medien Kultur Haus bis zu den Senioreneinrichtungen. Die Investitionen im Alten Schlachthof – um Herrn Dr. Rabl nicht zu vergessen – sind auch ganz besonders wichtig, allerdings schlagen sie sich in einer sehr geringen Summe leider dort zu Buche.

Im gleichen Zeitraum nur eine zweite Vergleichsziffer: 121,3 Mio Euro haben wir in diesen 10 Jahren an das Land Oberösterreich als unseren Beitrag, als Beitrag der Welser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für den Krankenanstaltenfonds abgeliefert. 121 Mio Euro, wo wir keine Mitsprache haben, weder der Höhe nach noch dem Verwendungszweck nach, wo wir auch keine Kontrolle haben, wie dieses Geld verwendet wird. Ich anerkenne die Wichtigkeit der Investitionen im Gesundheitsbereich. Dieser nützt uns allen, jeder braucht irgendwann auch einmal ein Spital. Man sollte jedoch hier auch, wenn man Ausgaben kritisiert, wenn man Schulden kritisiert, zu recht oft kritisiert, auf der anderen Seite jene Dinge darstellen, die wir nicht ganz freiwillig, natürlich auf gesetzlicher Basis, das ist schon klar – der Herr Landeshauptmann setzt hier keine Willkürakte, der lässt sich das vom Landtag beschließen – leisten.

Wenngleich ich ihm in einem Gespräch, ich habe eine sehr gute Gesprächsbasis mit ihm, einmal sagte: „Ich unterschreibe die Überweisungen für den Krankenanstalten-

fonds nicht mehr!“ Worauf er mir antwortete: „Ist überhaupt kein Problem, stört mich nicht, dann ziehe ich dies neben der Landesumlage auch von den Bundesertragsanteilen ab“. Diese werden ja im Wege des Landes an die Stadt Wels ausbezahlt.

Faktum ist, wir haben diese Riesensummen, ich sage das noch einmal, 254 Mio Euro an das Land abgeliefert. Ich möchte die Ziffern, die wir in diesem Zeitraum vom Land als Förderung bekommen haben, nicht erwähnen, da kämen mir Tränen links und rechts. Faktum ist auf jeden Fall, dass wir diese Summe bezahlt haben. Das kritisiere ich nicht, ich stelle es nur fest, das sollte man wissen, wenn man über die Finanzlage der Stadt Wels diskutiert.

Dr. Rabl hat die Frage der doppelten Buchhaltung angesprochen. Das war bei dieser Diskussion mit Herrn Resch auch ein sehr intensives Thema. Dort habe ich klipp und klar erklärt, dass ich damit überhaupt kein Problem habe – ganz im Gegenteil – ich würde mir wünschen, wenn die Kameralistik abgelöst würde durch eine doppelte Buchhaltung, wo unsere Vermögenssituation, wo unser Finanzvermögen, unsere Beteiligungen in den entsprechenden Werten ausgewiesen wird. Erst dann sieht man wirklich, welche reiche Stadt wir sind. Dem Kollegen Resch sagte ich, er hat es ja in der Hand. Laut seinen Aussagen ist er mit der Frau Finanzministerin gut bekannt, sie war kürzlich als Gast in Wels. Die Frau Finanzministerin hat es in der Hand, die Voranschlags- und Rechnungsabschlussform zu ändern. Sie braucht nur die entsprechenden Anträge in das Parlament einbringen, dann haben wir ein neues System und eine sehr transparente und für alle befriedigende Darstellung unserer Aktiva und Passiva entsprechend den Bilanzvorschriften.

Wie gesagt, ich unterstütze das, wenn es solche Initiativen gibt. Dr. Csar, vielleicht wäre das für eine Resolution an das Finanzministerium geeignet, meine Unterstützung haben sie. Im übrigen bedanke ich mich bei allen, die dazu beigetragen haben, dass wir so gut dastehen. Ich ersuche alle Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und Gemeinderates diesen eingeleitenden Reformprozess und den Budgetbegleitbeschluss entsprechend zu unterstützen. Arbeiten wir gemeinsam an diesem nächsten Reformschritt. Ich weiß natürlich heute schon, wir werden nicht 100 % dieses Beschlusses realisieren können. Persönlich bin ich schon froh, wenn es gelingt ein Drittel dessen umzusetzen. Wir sahen ja, welche mediale Interesse der eine oder andere Punkt dieses Gemeinderatsbeschlusses erregt hat. Es gibt halt überall die Lobbyisten, die ihre Bereiche anders sehen. Aber damit müssen wir leben, dafür sind wir gewählt worden, um letztendlich diese Entscheidungen im Interesse der Stadt Wels zu treffen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und des Stadtsenates! Ich hätte nur gerne noch etwas gezeigt zum Thema, dass dies nur ein bisschen ÖVP-Institut ist. Dort gibt es überhaupt niemanden, der nicht ÖVP-Mitglied ist. Ich möchte nur sagen, in diesem Umfeld ist dieses Substrat entstanden, welches dazu geführt hat, dass in den Massenmedien, vor allem in der Kronenzeitung, eine Schlagzeile publiziert wurde, die einfach nicht der Wahrheit entspricht. „Schulden fressen bald die Zukunft von Linz, Wels und Steyr auf“, wenn das nach dem Bericht des Finanzreferenten auch eure Meinung ist, dann kann ich es nicht verstehen.

Ich kann nur feststellen, dass die Kampagne gegen die Stadt Wels durch die eigenen Gemeinderäte weitergeht und der Standort Wels schlecht geredet wird. Wenn wir heute

gehört haben, welche Transferleistungen wir zahlen und wie hoch die Landesumlage ist, dann wird uns in diesem Umlageverfahren die Finanzkraft ausgehöhlt, wird umgeleitet und nachher wird mit Studien, die nicht veröffentlicht werden – wir wissen, was das heißt, wenn Studien nicht veröffentlicht werden - versucht etwas zu belegen, was nicht zu belegen ist. Es war ein toller Zufall, dass genau ein paar Tage später die Pressekonferenz der Wirtschaftsstadträtin Susanne Wegscheider und des Vzbgm. Peter Lehner stattgefunden hat, mit der im Wesentlichen das Gegenteil herausgekommen ist. Herr Vzbgm. Wimmer hat es ja schon ausgeführt. Wir werden aber jetzt als Sozialdemokratische Fraktion diesem Antrag zustimmen um deutlich zu machen, dass wir nicht ein Lippenbekenntnis machen und dass es uns nicht darum ging irgend etwas zu beenden. Wir wollen deutlich machen, dass wir weiterhin auf diesem Reformkurs bleiben, den wir gemeinsam hier im Gemeinderat im Dezember beschlossen haben.

GR. LAbg. Dr. Csar: Nach den Dankesworten, dem Redeschwall von Vzbgm. Wimmer ein paar Punkte: Ich dachte nicht, dass sich Herr Vzbgm. Wimmer heute so positiv äußert, schließlich hat es im Vorfeld der Gemeinderatssitzung eine anders lautende Presseaussendung gegeben. Aber ich freue mich, dass wir heute im gleichen Boot sitzen, an einem Strang ziehen und dementsprechend auch mit der SPÖ-Gemeinderatsfraktion einen gemeinsamen Beschluss herbeiführen werden.

Ja, es ist richtig, dass die Stadtgemeinde Wels, dass die Statutarstadt Wels auch eine Landesumlage zu zahlen hat. Genauso fließt wieder etwas zurück. Das im Einzelnen jetzt zu analysieren und darzulegen würde zu lange dauern und ich möchte das jetzt nicht entkräften. Vielleicht haben wir einmal Zeit im Rahmen des Lenkungsausschusses darüber zu reden. Dort wäre der richtige Rahmen sich mit der Studie vom Herrn Prof. Schneider auseinandersetzen. Dass man diese Studie als Prozentrechnung abtut, hat ein bisschen aberwitzig geklungen.

Wir müssen uns damit wirklich ernsthaft auseinandersetzen. Auch er hat die dramatische Finanz- und Schuldenentwicklung in den Mund genommen - diese stammt nicht von mir. Ich gebe ehrlich zu, das habe ich abgeschrieben aus der Presseaussendung, die verlautbart wurde. Apropos abschreiben, StR. Dr. Rabl hat erst gesagt „großkoalitionär“, wir könnten dann reden über doppelte Buchhaltung und dergleichen. Es gibt vom letzten Landtag noch einen Antrag auf doppelte Buchhaltung. Dort könnte man sich Anleihe nehmen, das wäre vielleicht ganz interessant, dann braucht man nicht alles Neue zu erfinden. Im Landtag wurde es abgelehnt aus verschiedenen Gründen.

Herr Resch ist sehr engagiert für die Zukunft der Stadt Wels und bemüht sich sehr, hier auch innovative, intelligente Vorschläge einzubringen, um zu sparen und auch um sich in Zukunft aufzuzeigen. Davon können wir nur profitieren, wenn wir uns gemeinsam überlegen, was man machen kann. Und es ist natürlich auch gut, wenn jemand ein bisschen querdenkt und sich etwas anderes überlegt bzw. über den Tellerrand hinwegschaut.

Nicht ganz verstanden habe ich die Meldung des Herrn Mag. Teubl betreffend Aufgabenreformvorschläge und seltsamer Sparwille. Wir sind uns doch alle einig, dass man die wahren Experten von Aufgabenreformvorschlägen im Haus des Magistrates haben. Diese wissen am Besten was und wo man einsparen kann, wie es weitergehen soll und was sie am Besten wie erledigen können. Experten von außen brauchen wir nicht, nicht im Magistrat, nicht im Land und nicht in der Gemeinde. Daher ist die Aufgabenreform

der richtige Ansatzpunkt, dass wir gemeinsam Überlegungen anstellen, wie man sparen kann. Das kann man im Rahmen des Aufgabenreformprojektes besprechen.

Warum ich der Meinung bin, dass das Reformprojekt abgeschlossen ist? Dazu verweise ich auf die Homepage der Stadt Wels, auf der ausdrücklich festgehalten wird, dass dieses Reformprojekt als abgeschlossen betrachtet wird. Sollte dies nicht der Fall sein und es wird weitergeführt, dann bin ich darüber schon sehr froh.

Ich freue mich, wenn alle heute zustimmen und das Aufgabenreformprojekt und der Lenkungsausschuss wieder einberufen werden. Und möchte von dieser Stelle aus gleich einen Vorschlag machen. Man sollte sich mit dem Thema auseinandersetzen, ob die Mitarbeiterzeitung wirklich in Farbe ausgedruckt und postalisch versandt werden soll? Das wäre eine Anregung, die ich für den Lenkungsausschuss mitgeben möchte.

Bgm. Dr. Koits: Ich nehme natürlich diese letzte Anregung, was die Mitarbeiterzeitung betrifft, als Vorstand des Magistrates gerne mit. Was dabei herauskommt sei dahingestellt. Jedes Unternehmen, das etwas auf sich hält, informiert seine Mitarbeiter in hervorragender Weise. Schauen sie sich die Zeitung der EWW AG oder von verschiedensten Unternehmen unserer Stadt an.

Ich bin überzeugt, auch unsere Mitarbeiter haben ein Anrecht auf gute, informative Gleichstellung mit der Wirtschaft. Acht Referenten haben den Auftrag erhalten bis Mitte des Jahres die ersten Ergebnisse zum Thema Budgetbegleitbeschluss zu liefern. Was den normalen Reformprozess anlangt, so war auch das Reformprogramm 2004 nicht im Jahr 2006 beendet. Die Umsetzungsarbeiten dauern natürlich eine Zeit. Denn wenn ich zwei Abteilungen zusammenführe, dann macht man das immer sozial verträglich. D.h. wenn jemand ausscheidet usw. kann man die Dinge gut zusammenführen. Und so werden wir das auch dieses Mal machen, da kommen wir schon gewaltige Schritte vorwärts. Im Übrigen sehe ich die Ausführungen des Kollegen Wimmer so, dass sie beredtes Zeugnis ablegen über die gute, jetzt sage ich einmal politische Wirtschaft in unserer Stadt. Dass wir immer eine gute Finanzpolitik in den letzten Jahren hatten, wird von vielen getragen, von sehr vielen getragen, unter der Leitung des Finanzreferenten. Ich lasse abstimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird

33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Danke vielmals. Danke für die gute Diskussion. Die Sitzung ist geschlossen.



Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: